

Die 10-Millionen-Schweiz

Das Einwanderungsland

benötigt
einen
Umbau

CHANCENBAROMETER
2024

Inhalt

Einleitung: Ringen ums Wachstum	S. 3
Trendanalyse 2020–2024: Optimismus bekommt Kratzer	ab S. 5
Aktuelle Hausaufgaben	6–7
Zuwanderung beschäftigt	8–9
Mehrheit will Massnahmen	10–11
Die Schweiz gestalten	12–13
Das Vertrauen ist intakt	14–15
Interview: Bundesrat Ignazio Cassis	S. 16–17
Fokus Zuwanderung: Besorgt, aber zuversichtlich	ab S. 19
Wachstum vs. Infrastruktur	20–21
Bedenken von links bis rechts	22–23
Engpass Wohnen	24–25
Ausgeprägte Beunruhigung	26–27
Zuwanderung vs. Wirtschaftswachstum: Realität ist anders	ab S. 29
Zuwanderung überschätzt	30–31
Grossteil kommt aus Europa	32–33
Viele fühlen sich benachteiligt	34–35
Die Schweiz soll weiterhin wachsen	36–37
Moderates Wachstum	38–39
Massnahmen: Gegensteuer erwünscht	ab S. 41
Was geht und was nicht: Steuerung der Zuwanderung	42–43
Zwischen Euphorie und Skepsis – Die fünf Sichtweisen	44–45
Chancen für Lösungen	ab S. 47
Fünf Handlungsempfehlungen von Jobst Wagner	48–49
Fazit von Michael Hermann	50
Zahlen zur Übersicht	51
Methodik und Impressum	52

Ringen ums Wachstum

Die Schweiz wächst, und es geht ihr gut. Die politische Stabilität in unserem Land bleibt hoch, das Vertrauen in unsere Institutionen stark. Die Demokratie lebt mit einer intakten Mitbestimmung der Bevölkerung, Rechtssicherheit und einem wettbewerbsfähigen Bildungssystem. Und wir haben eine Weltoffenheit sowie eine globale Vernetzung, die ihresgleichen suchen. Zudem besticht der immer noch vorhandene Unternehmergeist. Dies sind beste Voraussetzungen für die notwendige Weiterentwicklung und den Umbau der Schweiz. Und dennoch gibt es eine gegenläufige Tendenz: Die Menschen sorgen sich zunehmend um das Thema Zuwanderung und sehen stetig grösser werdenden Handlungsbedarf.

Das Chancenbarometer 2024 wartet mit einer Rekordteilnahme von 6319 Personen auf. In der fünften Ausgabe seit 2020 verdichten und bestätigen sich die Erkenntnisse nachhaltig und erlauben, den Handlungsbedarf sowie den Chancenblick zu schärfen. Unsere Aufgabe sehen wir darin, mit konkreten Beiträgen und Handlungsempfehlungen sowie Lösungen eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes zu ermöglichen. Differenziert, faktenbasiert und vorausschauend. Für die wirtschaftliche Prosperität der Schweiz der Zu-

kunft braucht es Differenzierung, Sachlichkeit und Offenheit in der Diskussion, den Blick nach vorne. Einfache «quick fixes» bringen keine Lösung. Wir streben nach Aufbau, nicht Abbau.

Deshalb widmet sich das Chancenbarometer 2024 dem Thema Wachstum, versinnbildlicht mit der «10-Millionen-Schweiz». Wir zeigen auf, was die Bevölkerung bewegt. Sie will weiterhin Wohlstand sowie moderates Wachstum in Wirtschaft und Bevölkerung – die Zuwanderung soll reguliert, aber nicht gestoppt werden. Es geht um ein Ringen um Wohlstand, Wachstum und Arbeitskräfte. Dabei sieht die Bevölkerung in der Zuwanderung positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Schweizer Kultur, während Themen wie Wohnen, Infrastruktur und ÖV sowie Klima und Umwelt mit grossem Handlungsbedarf assoziiert werden. Zu diesem Befund kommen weite Teile der Gesellschaft, er ist nicht einer einzelnen politischen Kraft zuzuordnen.

Wir werten diese Erkenntnis als zentral, denn dies ist die Grundlage für einen gesellschaftsübergreifenden Diskurs und für Lösungsansätze, die es erlauben, weite Teile der Bevölkerung in den Dialog einzubeziehen. Ganz im Sinne eines unternehmerischen und chancenorientierten Denkens und Handelns.



Jobst Wagner
Stiftungspräsident
LARIX Foundation.
Innovation matters.
Initiant StrategieDialog21



Dr. Petra Sidler
Data-Analystin
Studienleiterin

Trendanalyse 2020–2024

Optimismus bekommt Kratzer

**Hohe Stabilität in der Dringlichkeit,
weniger Chancen im Allgemeinen**

Seit dem ersten Chancenbarometer im Jahr 2020 hat die Schweizer Bevölkerung jährlich die verschiedenen Herausforderungen bezüglich des Handlungsbedarfs und des Chancenpotenzials bewertet. Die Entwicklung über die letzten fünf Jahren zeigt nur in einem Bereich eine deutliche Veränderung: Die Herausforderung der Zuwanderung wird in der Problemwahrnehmung dringlicher, der Blick darauf ist weniger optimistisch.

Chancen und Handlungsbedarf

Hausaufgaben der Schweiz

Die Digitalisierung bietet am meisten Chancen. Dringender Handlungsbedarf wird in erster Linie im Gesundheitswesen gesehen.

Digitalisierung und Energieversorgung bergen die meisten Chancen

Das meiste Chancenpotenzial macht die Schweizer Bevölkerung bei der Digitalisierung und der Energieversorgung aus. Auch beim Thema Arbeitskräftemangel vermag die Bevölkerung Chancen zu erkennen. Die Finanzierung des Gesundheitswesens und die Zukunft der Altersvorsorge sind unbestritten äusserst komplexe Bereiche, die zu lösen die Politik vor grosse Probleme stellt. Dennoch sieht die Bevölkerung auch in diesen Herausforderungen ein gewisses Chancenpotenzial. Worin die Bevölkerung hingegen wenig Chancen für Neues sieht, sind die Beziehungen der Schweiz zur EU sowie in der Zuwanderung. Dazu aber später mehr.

Finanzierung der Gesundheitskosten ist dringendstes Problem

Das Chancenbarometer zeigt auf, welche politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen die Bevölkerung beschäftigen. Für ausgewählte Themenbereiche wird zum einen danach gefragt, ob der jeweilige Bereich Chancen für Neues bietet, und zum anderen, wie gross der Handlungsbedarf ist. Das

Verdikt für das Jahr 2024 ist deutlich: Dort wo die Politik am meisten ansteht, bei der Finanzierung des Gesundheitswesens, sieht auch die Bevölkerung den dringendsten Handlungsbedarf.

Auch Altersvorsorge und Energieversorgung verlangen nach Lösungen

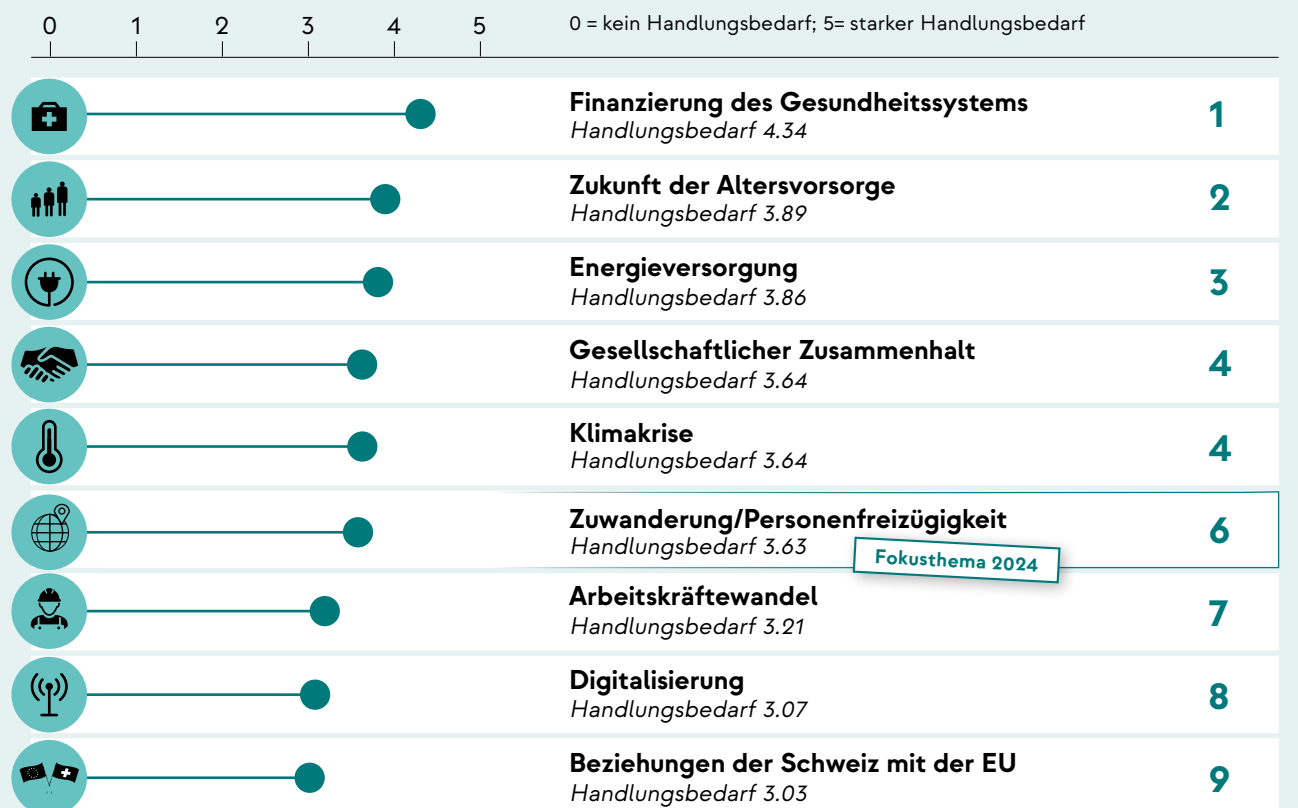
Die Hauptsorge der Schweiz erreicht fast den Maximalwert: ein deutliches Zeichen an Politik und Entscheidungsträger! Ebenfalls auf dem Podest stehen die Zukunft der Altersvorsorge und die Energieversorgung. In beiden Bereichen macht die Bevölkerung grossen Handlungsbedarf aus, ihnen werden aber auch gewisse Chancen attestiert. Das gleiche gilt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Klimakrise. Das Vorantreiben der Digitalisierung ist in den Augen der Bevölkerung keine dringende Herausforderung, auch wenn in ihr ein Chancenpotenzial schlummert. Die Herausforderung der Zuwanderung soll hingegen, trotz des tiefen Chancenpotenzials, angegangen werden.

Dass in der Zuwanderung wenig Chancen gesehen werden, unterstreicht die Notwendigkeit zum Handeln in diesem Bereich.

Chancen



Handlungsbedarf



Zuwanderung beschäftigt

Die Bewertungen von Chancen und Handlungsbedarf sind sehr stabil geblieben, zum Teil auf hohem Niveau. Doch ein Bereich schert aus: die Zuwanderung.

Weniger Chancenpotenzial im Jahr 2024

Bereits seit 2020 bewertet die Schweizer Bevölkerung die verschiedenen Herausforderungen in den zwei Dimensionen Handlungsbedarf und Chancenpotenzial. Die Auswertung über die Zeit zeigt, dass bei allen Bereichen ein gewisser Handlungsbedarf besteht, es werden aber auch jedem Bereich Chancen attestiert. Über die Zeit betrachtet, ging der Chancenblick in der Tendenz allerdings zurück, vor allem im Jahr 2024.

Finanzierung des Gesundheitswesens zum fünften Mal an der Spitze

Nicht jede Herausforderung ist gleich wichtig und ruft nach demselben Handlungsbedarf. Doch seit fünf Jahren sieht die Bevölkerung den stärksten Handlungsbedarf in der Finanzierung des Gesundheitssystems. Ein Anliegen, mit dem sich die Politik schwertut. In früheren Jahren bot dieser Bereich noch Chancen, doch diese Wahrnehmung ging im Jahr 2024 deutlich zurück. Ebenfalls grossen Handlungsbedarf sieht die Schweizer Bevölkerung nach wie vor bei der Altersvorsorge,

wenn auch etwas weniger als in früheren Jahren. Dies ist möglicherweise eine Folge der laufenden Debatten. Auch wenn noch keine breit abgestützte Lösung zur Finanzierung der an der Urne angenommenen 13. AHV-Rente gefunden wurde und auch die Abstimmung über die BVG-Reform noch ansteht, beschäftigt sich die Politik intensiv mit der Thematik und zeigt der Bevölkerung dadurch einen gewissen Gestaltungswillen.

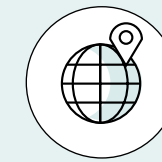
Steigender Problemdruck bei der Zuwanderung

Ein Bereich sticht hervor: Beim Thema der Zuwanderung stieg der Handlungsbedarf über die letzten fünf Jahre an, am deutlichsten zwischen 2023 und 2024. Gleichzeitig nahm der Chancenblick im letzten Jahr deutlich ab. Das Delta zwischen Handlungsbedarf und Chancenblick ist bei der Zuwanderung im Jahr 2024 ähnlich gross wie bei der Altersvorsorge und der Finanzierung des Gesundheitssystems: Das Verdikt ist klar, es braucht in diesem Bereich ebenfalls dringend gezielte Massnahmen.

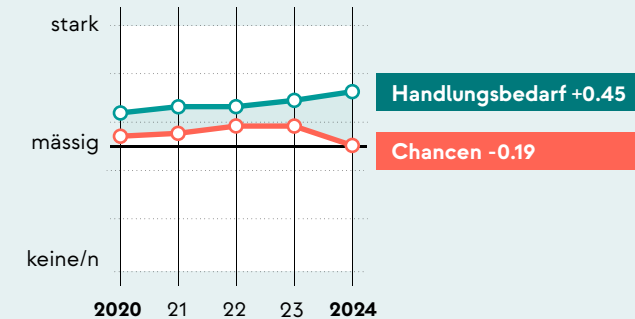
Das Thema Zuwanderung bewegt: Der Handlungsbedarf steigt, der Chancenblick sinkt – Lösungen sind gefragt!

* Die Teilnehmenden wurden 2024 erstmals zum Ranking-Thema «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» befragt. Aus diesem Grund ist es in der Zeitreihe nicht aufgeführt.

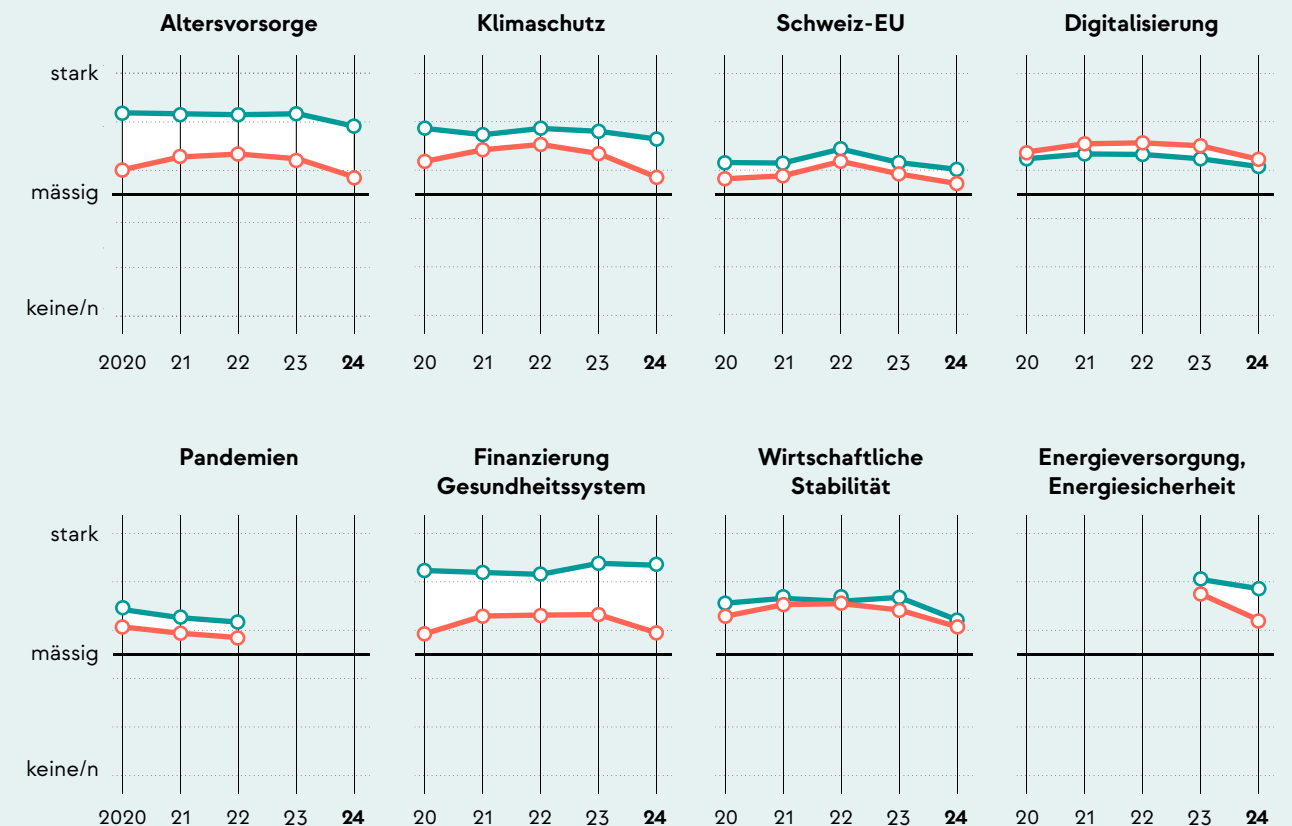
Wo zeigen sich Chancen und wo besteht Handlungsbedarf?



Zuwanderung



Mittelwerte skaliert, Handlungsbedarf bzw. Chancen nach Ausprägung:



Mehrheit will Massnahmen

Immer mehr Menschen leben in der Schweiz. Die Zuwanderung beschäftigt alle Parteianhängerschaften.

Der Handlungsbedarf steigt

Seit 2020 nimmt der wahrgenommene Handlungsbedarf beim Thema Zuwanderung kontinuierlich zu, am höchsten lag er 2024. Zwischen den einzelnen Parteianhängerschaften zeigen sich zwar deutliche Unterschiede in der Dringlichkeit, doch einen gewissen Handlungsbedarf machen alle aus.

Links-Grün weicht ab

Die Anhängerschaften der Grünen und der SP bewerten den Handlungsbedarf in Bezug auf die Zuwanderung in jedem Jahr tiefer als der Durchschnitt aller Befragten. Zudem sehen sie – entgegen dem Trend – im Jahr 2024 auch keine erhöhte Dringlichkeit. Die Trendlinie bei den Anhängerschaften der Mitte, der FDP und der Personen ohne Parteibindung gleicht ungefähr der durchschnittlichen Trendlinie. GLP-Anhänger bewerteten die Dringlichkeit in allen Jahren etwas tiefer als der Durchschnitt der Befragten.

Die Zuwanderung ist das SVP-Anliegen schlechthin

Einzig die Parteianhängerschaft der SVP bewertet den Handlungsbedarf in Sachen Zuwanderung deutlich über dem Durchschnitt. Es lässt sich allerdings über die Zeit keine Zunahme feststellen – die Dringlichkeit der Thematik blieb für die Anhängerschaft der SVP über die Jahre stabil auf sehr hohem Niveau. Die Thematik der Zuwanderung ist auch diejenige, die der SVP-Anhängerschaft ganz allgemein ein grosses Anliegen ist und mit der es ihr gelang, bei den letzten Wahlen ihre Stammwählerschaft ausgezeichnet zu mobilisieren.

Die Zuwanderung in die Schweiz

Jedes Jahr ziehen mehr Menschen in die Schweiz als sie verlassen. Die Differenz zwischen dem Wegzug und Zuzug wird als Nettozuwanderung bezeichnet. Für Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft ist die Nettozuwanderung zwischen 2021 und 2023 negativ, das heisst, dass mehr Schweizerinnen und Schweizer aus der Schweiz weggezogen als sich neu niederliessen. Bei Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft schwankte die Nettozuwanderung von 2021 bis 2023. Jährlich zogen zwischen 55'500 und 147'800 Personen in die Schweiz. Die grosse Mehrheit der in die Schweiz eingewanderten Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft stammte aus Europa, der Anteil beträgt zwischen 79 und 85 Prozent.

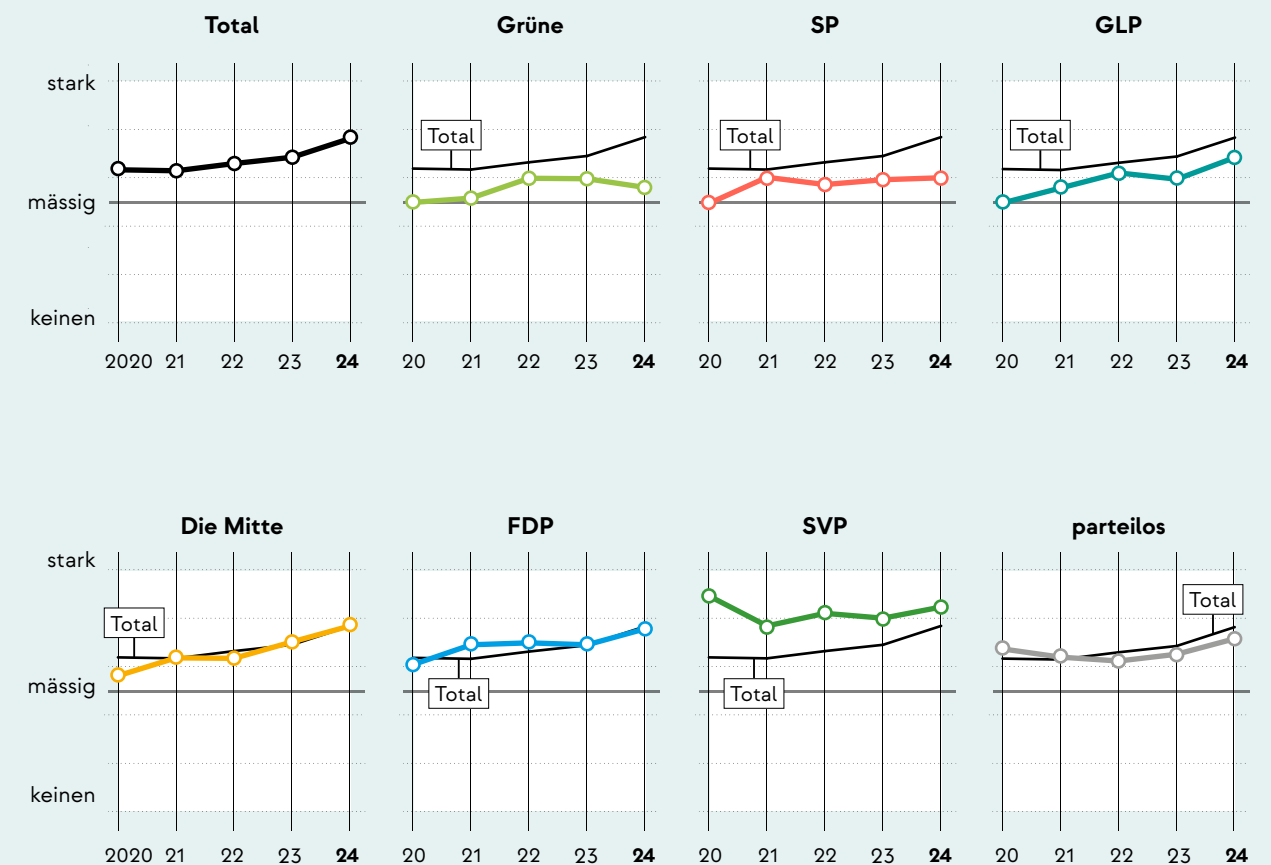
(Quelle: BFS)

Handlungsbedarf nach Parteipräferenz

Fokus Zuwanderung



Mittelwerte skaliert, Handlungsbedarf nach Ausprägung:



Die Schweiz gestalten

Die Voraussetzungen für eine positive Weiterentwicklung der Schweiz bleiben stabil.

Voraussetzungen für die Gestaltung der Schweiz

Damit Chancen ergriffen und Lösungsideen auch effektiv und nachhaltig umgesetzt werden können, bedarf es bestimmter Voraussetzungen. Die Schweizer Bevölkerung hat zehn Voraussetzungen für die Gestaltung der Schweiz danach bewertet, wie stark sie vorhanden sind. Acht von zehn Voraussetzungen erhalten von der Bevölkerung mittlere bis gute Bewertungen – und das stabil seit 2020.

Grosse Stabilität auf hohem Niveau

Wie bereits in den Vorjahren erhält auch im Jahr 2024 die politische Stabilität mit Abstand die beste Bewertung. Ähnlich positiv werden die Investitions- und Rechtssicherheit, die Mitbestimmung der Bevölkerung, das Bildungssystem und die Gesundheitsinfrastruktur bewertet. Unternehmergeist, digitale Infrastruktur und globale Vernetzung beurteilt die Bevölkerung positiv. Es besteht jedoch Luft nach oben. Deutlich weniger gut wird die Kommunikationskultur bewertet, wenn auch eine leichte Verbesserung über die Zeit festzustellen ist. Erneut bildet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Schlusslicht.

Schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verschlechtert mit einer konstant tiefen Bewertung seit 2020 das Gesamtbild. In diesem für die Rekrutierung von vor allem inländischen weiblichen Arbeitskräften zentralen Aspekt verändert sich aus Sicht der Schweizer Bevölkerung trotz des grossen Verbesserungspotenzials kaum etwas. Die Politik hat die Zeichen der Zeit zwar erkannt, beispielsweise mit der Ausarbeitung einer parlamentarischen Initiative, um die befristete Finanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung in eine dauerhafte Lösung zu überführen. Ob diese Vorlage mehrheitsfähig ist, wird sich erst noch zeigen.

Durchschnittliches Ranking der

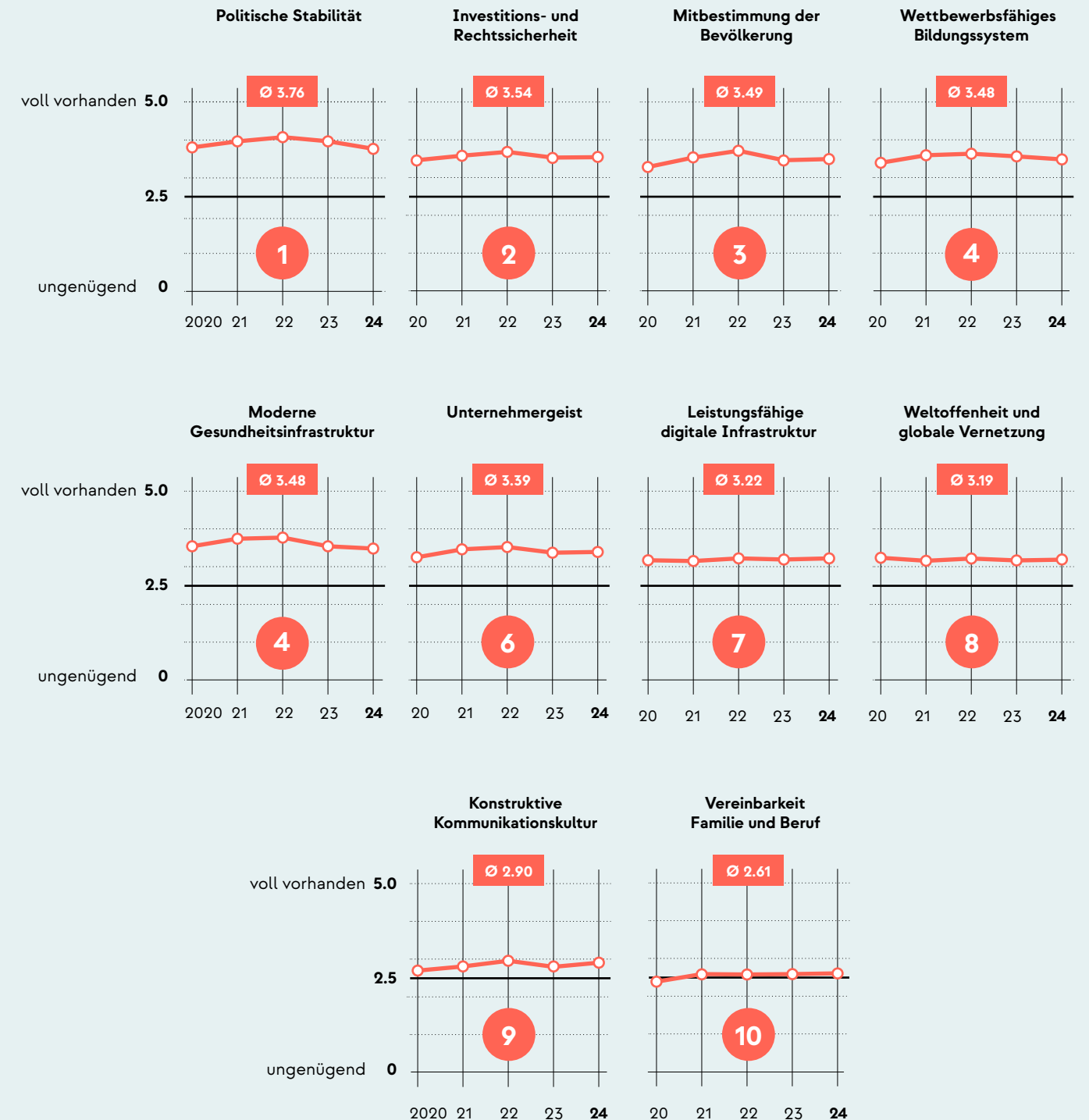
10 Voraussetzungen über die Zeit:

(Platz vier ist doppelt belegt)

- 1 Politische Stabilität (3.76)
- 2 Investitions- und Rechtssicherheit (3.54)
- 3 Mitbestimmung der Bevölkerung (3.49)
- 4 Wettbewerbsfähiges Bildungssystem (3.48)
- 4 Moderne Gesundheitsinfrastruktur (3.48)
- 6 Unternehmergeist (3.39)
- 7 Leistungsfähige digitale Infrastruktur (3.22)
- 8 Weltoffenheit und globale Vernetzung (3.19)
- 9 Konstruktive Kommunikationskultur (2.90)
- 10 Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2.61)

Überblick über die Zeit: Voraussetzungen für die Gestaltung

Mittelwerte skaliert, Voraussetzungen voll und ganz vorhanden (5.0) oder ungenügend (0):



Das Vertrauen ist intakt

Die Schweizer:innen haben ein überdurchschnittliches Vertrauen in ihre Institutionen, misstrauen jedoch der EU.

Ausgesprochen hohes Institutionenvertrauen

Die Schweizer Bevölkerung hat ausgesprochen hohes Vertrauen in ihre Institutionen. Am höchsten ist das Vertrauen in die wissenschaftlichen Expert:innen und ins Rechtssystem. Aber auch die Regierungs- und Verwaltungsebenen (Bundesrat, Bundesverwaltung, Kantonsregierung, Parlament) werden als sehr vertrauenswürdig bewertet – so wie sich auch die Bevölkerung gegenseitig vertraut. Ein hohes Institutionenvertrauen ist Voraussetzung für einen prosperierenden und funktionierenden Staat, wie internationale Studien zeigen.

Verbesserungspotenzial für Medien und politische Parteien

Mässiges Vertrauen wird den journalistischen Medien, den Unternehmensorganisationen und den politischen Parteien entgegengebracht. Bei den Parteien ist davon auszugehen, dass die jeweilige Anhängerschaft vor allem ihrer eigenen Partei am meisten vertraut und denen, die ideologisch am entferntesten sind, deutlich weniger. Das Vertrauen in die Medien kann ebenfalls mit der politischen und weltanschaulichen Überzeugung der Befragten zusammenhängen. Unterdurchschnittliches Vertrauen bringt die Schweiz der Europäischen Union entgegen. Der Beziehungsstatus ist kompliziert, was sicherlich nicht zum Vertrauensaufbau beiträgt.

Stabilität über die Zeit

Die Entwicklung des Vertrauens der Bevölkerung in ihre Institutionen ist über die Zeit sehr stabil. Seit 2020 ist das Vertrauen in Wissenschaftler:innen, ins Rechtssystem sowie die Regierungs- und Verwaltungsebenen auf hohem Niveau nur wenigen Schwankungen unterworfen. Genauso stabil, aber auf deutlich tieferem Niveau liegt das Vertrauen in journalistische Medien, Unternehmensorganisationen und politische Parteien.

Durchschnittliches Ranking der

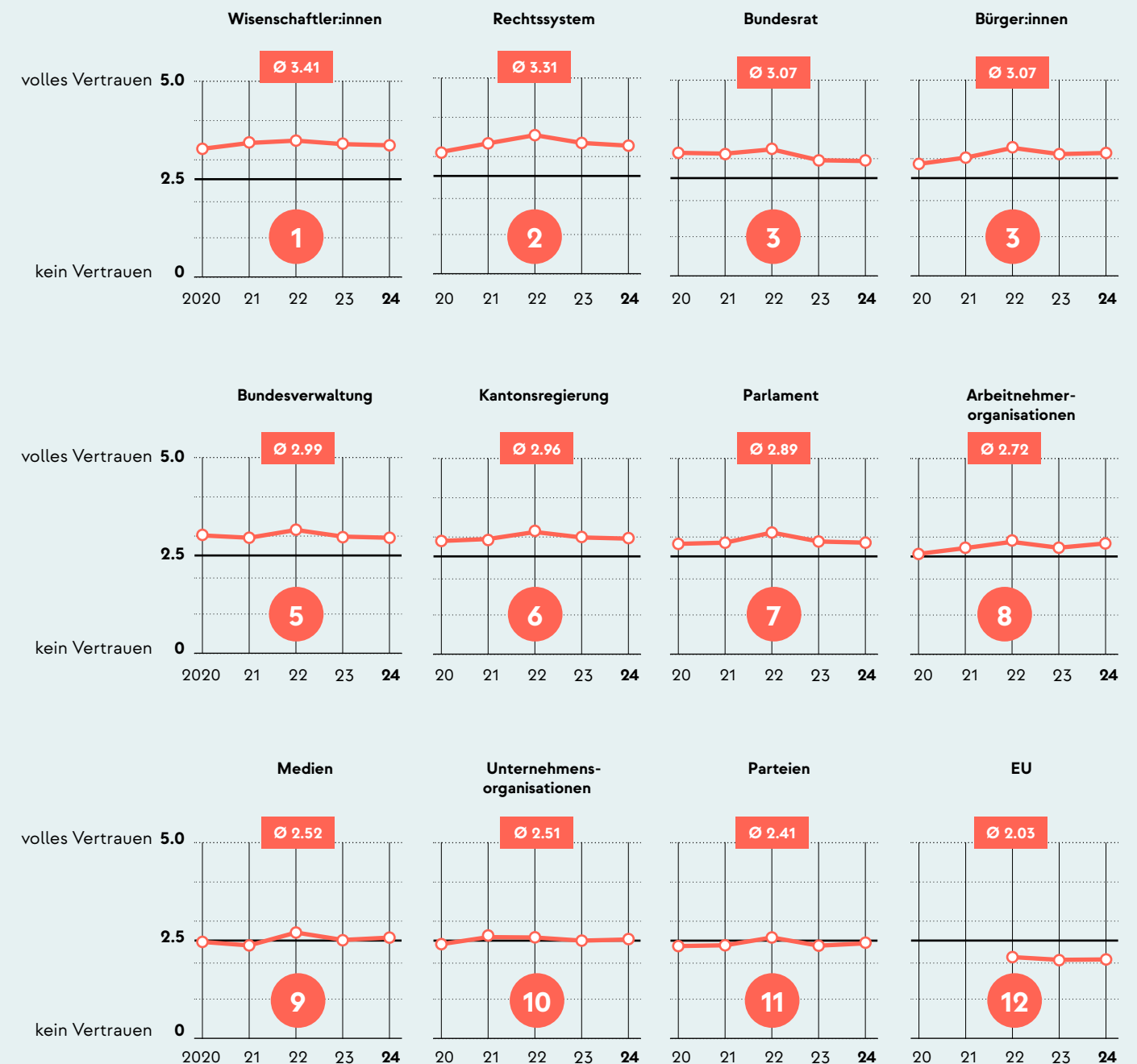
12 Vertrauenthemen über die Zeit:

(Platz drei ist doppelt belegt)

- 1 **Wissenschaftler:innen** (3.41)
- 2 **Rechtssystem** (3.31)
- 3 **Bundesrat** (3.07)
- 3 **Bürger:innen** (3.07)
- 5 **Bundesverwaltung** (2.99)
- 6 **Kantonsregierung** (2.96)
- 7 **Parlament** (2.89)
- 8 **Arbeitnehmer-Organisationen** (2.72)
- 9 **Journalismus und Medien** (2.52)
- 10 **Unternehmens- u. Arbeitnehmerorganisationen** (2.51)
- 11 **Politische Parteien** (2.41)
- 12 **EU** (2.03)

So stark ist das politische Vertrauen in die Institutionen

Mittelwerte skaliert, volles Vertrauen (5.0) oder kein Vertrauen (0):



Bitte mehr Realismus

Herr Bundesrat Cassis, Sie engagieren sich für eine wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreiche Schweiz. Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen und gleichzeitig die grössten Chancen?

Die aktuell sehr unruhige geopolitische Lage ist sowohl die grösste Herausforderung als auch – wie so oft – die grösste Chance. Wenn wir mit dem Fall der Berliner Mauer eine friedliche Welt erwartet haben, die von freien Märkten, Wirtschaftswachstum und mehr Demokratie geprägt sein würde, dann haben wir uns getäuscht. Die heutige Realität sieht anders aus: Der Wind des Protektionismus und der Autokratie weht über die Welt.

Wir befinden uns in einer Zeit grosser Unsicherheit und geopolitischer Neuausrichtung. Für ein kleines Land, das seinen Reichtum dem Export verdankt und dessen Glaubwürdigkeit mit Stabilität, staatlicher Sparsamkeit und Innovation verbunden ist, ist dies ein Moment der strategischen Neuorientierung. Die gestiegene Notwendigkeit stabiler und sicherer bilateraler Beziehungen mit der EU ist beispielsweise eine Folge davon, so wie der Schutz des Handlungsspielraums unserer KMUs vor übermässiger Regulierung.



Bundesrat Ignazio Cassis
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Welches ist aus Ihrer Sicht das meistüberschätzte Problem in der Eidgenossenschaft – und welches die meistunterschätzte Chance?

Ich sehe keine pauschale Antwort für die ganze Schweiz: Jede Sprachregion bewertet Chancen und Probleme je nach ihrer eigenen kulturellen Sensibilität und dem öffentlichen Diskurs in den Nachbarländern ihres Sprachgebiets. Wenn ich aber von meinen Reisen auf der ganzen Welt zurückkomme, scheinen viele unserer Probleme deutlich weniger schlimm.

Manche sagen, Wirtschaft und Gesellschaft hätten sich in den letzten Jahren entfremdet. Teilen Sie diese Ansicht? Und wenn ja, was wäre dagegen zu tun – vonseiten Wirtschaft und vonseiten Gesellschaft?

Ich stimme dieser Einschätzung zu. Schon zu Beginn meiner parlamentarischen Tätigkeit im Jahr 2007 habe ich festgestellt, dass das Wort «Wirtschaft» in der Gesellschaft zunehmend negativ konnotiert ist. Dafür gibt es viele Gründe. Tatsache ist aber, dass für viele Bürger:innen «Wirtschaft» nicht mehr mit «Wohlstand» gleichzusetzen ist, obwohl alle Daten diesen Zusammenhang klar zeigen. Aber, wie man so schön sagt, «perception is reality». Die aktuelle geopolitische Lage wird uns wohl zu mehr Realismus führen.

Manche sagen, Staat und Gesellschaft hätten sich ebenfalls zunehmend auseinandergeliebt. Teilen Sie diese Einschätzung, und was wäre dagegen zu unternehmen?

Ich teile diese Ansicht nicht. Staat und Gesellschaft sind in einer direkten Demokratie wie der unseren untrennbar miteinander verbunden. In gewisser Weise ist jede Bürgerin und jeder Bürger in ihren bzw. seinen vielfältigen Funktionen der Staat.

«Aufgrund des demografischen Wandels gehen derzeit mehr Arbeitskräfte in Pension als neu in den Arbeitsmarkt kommen. Wollen wir den Wohlstand erhalten, müssen wir die Differenz entweder im Inland finden oder im Ausland rekrutieren.»

Bundesrat Ignazio Cassis

So gestaltet die Gesellschaft die Zukunft des Staates. Dieses Privileg ist in der politischen Kultur der Schweiz verankert, aber es funktioniert nur, solange das Recht auf Freiheit mit der Pflicht zur Verantwortung verbunden ist. Für jede Bürgerin und jeden Bürger.

Die Schweiz ist ein modernes, globalisiertes und digitalisiertes Land. Doch die Welt schläft nicht – und die KI ist eben erst erwacht. Wie werden sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahren weiterentwickeln? Und wo orten Sie die grösste Chance der Schweiz? Geopolitische Unruhe ist mit dem Streben nach technologischer Vorherrschaft verbunden. Die Rivalität zwischen China und den USA wird vor allem über neue Technologien ausgetragen, von der KI bis zum Quantencomputer. Jede neue disruptive Technologie verändert die Menschen und damit auch die Gesellschaften. Die Devise lautet: antizipieren. Deshalb hat der Bundesrat zum Beispiel bereits 2019 die Stiftung GESDA (www.gesda.global) im internationalen Genf mitgegründet, deren Ziel es ist, neue Technologien zum Wohle aller Menschen zu antizipieren und so eine Machtkonzentration zu vermeiden. Dies ist eine grosse Chance für die Schweiz.

Ein breiter Wohlstand ist das Resultat erfolgreicher politischer Institutionen und fleissiger Menschen, aber zugleich die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und eine grosszügige Gesellschaft. An welchem Punkt steht hier die Eidgenossenschaft? Wir sind immer noch gut aufgestellt. Doch müssen wir dafür Sorge tragen, dass dies auch

in Zukunft so bleibt. Auch die Schweiz ist nicht immun gegen den laufenden kulturellen Wandel von einer Leistungs- zu einer Erwartungsgesellschaft.

Die Zuwanderung hat in den letzten zwanzig Jahren zu Wirtschaftswachstum geführt und bietet für viele Unternehmen sowie die zugewanderten Arbeitskräfte klare Vorteile. Gleichzeitig wird sie von breiten Kreisen der Bevölkerung zunehmend als grosse Herausforderung angesehen, weil es zu Füllungseffekten kommt. Wie setzen Sie hier die Prioritäten?

Zuwanderung ist ein zweischneidiges Schwert. Es kommt auf das richtige Verhältnis an. Aufgrund des demografischen Wandels gehen derzeit mehr Arbeitskräfte in Pension als neu in den Arbeitsmarkt kommen. Wollen wir den Wohlstand erhalten, müssen wir die Differenz entweder im Inland finden oder im Ausland rekrutieren. Wichtig ist, dass wir die Ängste, die durch Zuwanderung entstehen, ernst nehmen. Wir müssen sicherstellen, dass sich die Migrantinnen und Migranten integrieren und zum Wohlstand beitragen. Die öffentlichen Infrastrukturen müssen auch den höheren Bedürfnissen angepasst werden. Und auch die Wirtschaft ist gefragt, ansonsten wird die Akzeptanz in der Bevölkerung sinken.

Fokus Zuwanderung

Besorgt, aber zuversichtlich

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Die positiven Aspekte der Zuwanderung sieht die Bevölkerung vor allem im Wirtschaftswachstum. Doch die negativen Aspekte überwiegen, wobei diese vorwiegend im Bereich der Infrastruktur liegen.

Wachstum vs. Infrastruktur

Die 10-Millionen-Schweiz löst noch wenig Begeisterung aus. Die Befragten sehen viele negative Auswirkungen.

Die Wirtschaft profitiert von einer 10-Millionen-Schweiz

Die Schweiz wächst und dieses Bevölkerungswachstum ist deutlich spürbar. Im Chancenbarometer 2024 konnten die Befragten für 14 Bereiche zum Ausdruck bringen, ob sie von einer 10-Millionen-Schweiz eher negative oder eher positive Veränderungen erwarten. Das Fazit ist eindeutig: Die Auswirkungen der Zuwanderung auf das Wirtschaftswachstum stuft die Bevölkerung als positiv ein und auch für die Kultur ist sie optimistisch, doch ansonsten überwiegt die Skepsis.

Sowohl positiv wie negativ: gesellschaftliche Veränderungen

Bei gesellschaftlichen Bereichen erwartet die Schweizer Bevölkerung sowohl positive wie auch negative Veränderungen, allerdings werden die negativen Auswirkungen ein bisschen stärker gewichtet als die positiven: Es sind dies die Staatsfinanzen, das Bildungswesen, der Arbeitsmarkt und die Altersvorsorge.

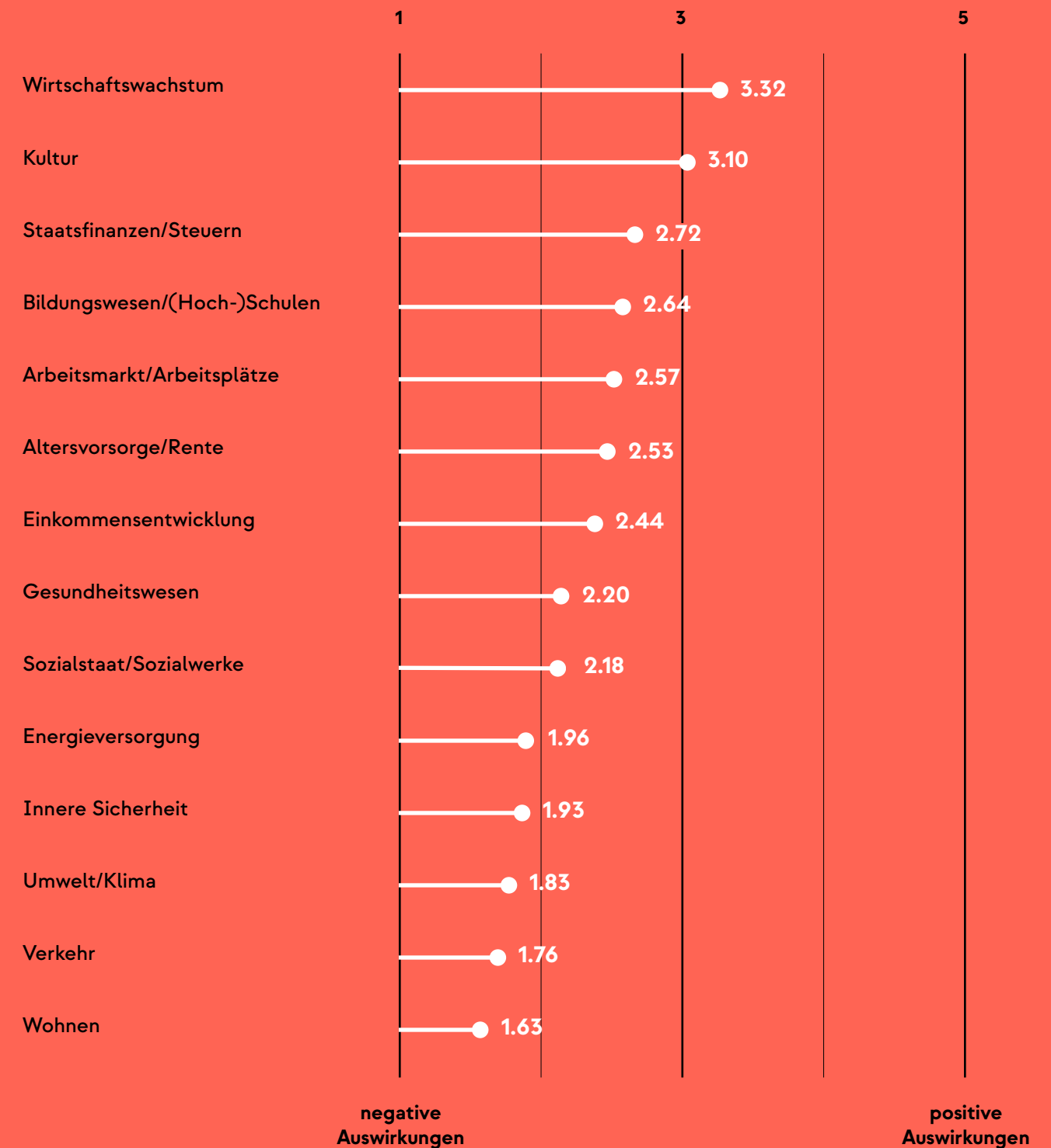
Infrastruktur und Umwelt: mehr negative Auswirkungen

Mehrheitlich erwartet die Schweizer Bevölkerung aber eher negative Auswirkungen, wenn die Schweizer Bevölkerung auf 10 Millionen anwachsen sollte. Dabei stehen die erwarteten negativen Folgen für die Bereiche Wohnen, Verkehr sowie Umwelt und Klima an der Spitze. In Bezug auf die Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen werden viele Herausforderungen, aber wenige Chancen gesehen. Und auch bei der inneren Sicherheit überwiegen die Befürchtungen. Die Auswirkungen auf den Sozialstaat, das Gesundheitswesen und die Einkommensentwicklung werden zwar insgesamt negativ gesehen, durchaus aber auch mit positiven Entwicklungen in Verbindung gebracht.

Nur positive Auswirkungen werden in keinem Bereich erwartet. Am meisten negative Auswirkungen werden für die Bereiche Wohnen und Verkehr erwartet – vorwiegend positiv fällt die Bewertung in Bezug auf das Wirtschaftswachstum und die Kultur aus.

Erwartete Auswirkungen in den verschiedenen Themengebieten

Mittelwerte skaliert, negative (1) oder positive (5) Auswirkungen:



Bedenken von links bis rechts

Bei der Bewertung der 10-Millionen-Schweiz zeigt sich der klassische Links-Rechts-Gegensatz. Dieser erklärt aber nicht alles.

Je rechter, desto negativer die Erwartungen im Allgemeinen

Zeigt sich in der Bewertung der 10-Millionen-Schweiz ein Parteiengraben? Über alle 14 Themenbereiche hinweg wiederholt sich ein altbekanntes Muster: Je weiter rechts sich eine Person im politischen Spektrum positioniert, desto negativer werden die Auswirkungen der Zuwanderung eingeschätzt. Je weiter links sich eine Person politisch verortet, desto eher werden von einer 10-Millionen-Schweiz auch positive Auswirkungen erwartet. Personen, die sich keiner Partei zuordnen, erwarten ähnliche Auswirkungen wie eher rechts positionierte.

Alle befürchten negative Auswirkungen auf die Infrastruktur

Bezüglich Wohnen, Verkehr, Umwelt und Energieversorgung rechnet man über alle Parteien hinweg mit vorwiegend negativen Auswirkungen. Bei der Einkommensentwicklung wird über alle Parteien hinweg eine Kombination von eher negativen und punktuell positiven Auswirkungen erwartet – mit Ausnahme der Anhängerschaft der SVP und der Personen ohne bestimmte

Parteiennähe, die auch in diesem Bereich vorwiegend negative Auswirkungen erwarten.

Divergenz bei den eher positiven Erwartungen

Bei der inneren Sicherheit, dem Sozialstaat und dem Gesundheitswesen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien: Die Anhängerschaften der Grünen, der SP und teilweise der GLP erwarten punktuell auch positive Auswirkungen einer 10-Millionen-Schweiz. Bei der Altersvorsorge, dem Arbeitsmarkt, dem Bildungswesen und den Staatsfinanzen erwarten die Grünen, die SP und teilweise die GLP positive sowie negative Auswirkungen und bewerten die Auswirkungen klar positiver als die Mitte, die FDP und die SVP. Bei den Auswirkungen auf die Kultur erwarten Grüne, SP und GLP eher positive und die Mitte, die FDP und Personen ohne Parteibindung sowohl positive als auch negative Auswirkungen – nur die Anhängerschaft der SVP erwartet vorwiegend negative Auswirkungen. Dasselbe Bild zeigt sich beim Wirtschaftswachstum.

Je weiter links im politischen Spektrum die Befragten stehen, desto mehr Chancen werden gesehen.

Erwartete Auswirkungen nach Parteienpräferenz

Mittelwerte skaliert, negative (1) oder positive (5) Auswirkungen in entsprechenden Bereichen:



Engpass Wohnen

Bei den Auswirkungen der Zuwanderung auf das Leben dominieren Herausforderungen. Doch es werden auch Chancen wie AHV und Multikulturalität gesehen.

Die 10-Millionen-Schweiz birgt Herausforderungen

Aus insgesamt zwanzig Annahmen und Erwartungen in Bezug auf eine 10-Millionen-Schweiz, konkret zehn ausformulierten Chancen beziehungsweise zehn Herausforderungen, konnten die Befragten die drei auswählen, die den grössten Effekt auf das eigene Leben haben. Grundsätzlich wurden die präsentierten negativen Erwartungen von der Schweizer Bevölkerung als deutlich relevanter für das eigene Leben eingestuft als die positiven, auch wenn diese durchaus vorhanden sind. Zurzeit sind aber die negativen Erwartungen deutlich ausgeprägter als die positiven.

Mehr Arbeitskräfte und Diversität als positive Erwartungen

Zusätzliche Arbeits- und Fachkräfte sowie die erhöhte kulturelle Diversität werden als die wichtigsten positiven Erwartungen der 10-Millionen-Schweiz eingestuft – insbesondere in Bezug auf Stabilisierung der AHV und das benötigte Personal für den Gesundheitssektor. Die positiven Erwartungen in Bezug auf die zusätzlichen Arbeitskräfte werden zudem klar höher ge-

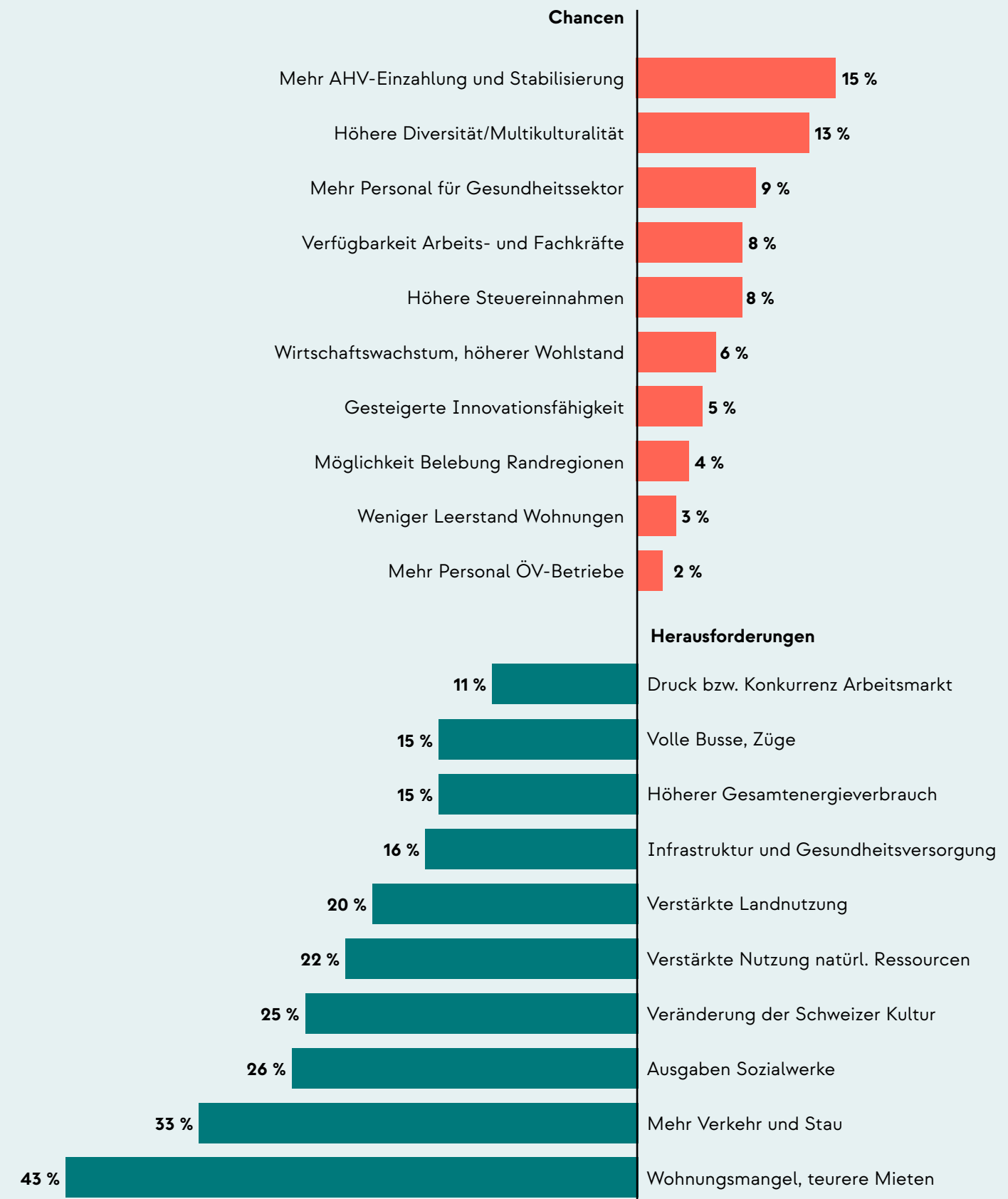
wichtet als der erhöhte Druck beziehungsweise die erhöhte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Augenmerk liegt auf Wohnungsmangel und Verkehrsüberlastung

Die Befragten erwarten die stärksten negativen Auswirkungen in Zusammenhang mit der 10-Millionen-Schweiz beim Wohnungsmangel, den teuren Mieten und dem erhöhten Verkehrsaufkommen. Dies sind die mit Abstand am häufigsten genannten negativen Erwartungen. Die Vorstellung, die vorhandene Infrastruktur mit noch mehr Menschen teilen zu müssen, führt nicht zu Enthusiasmus.

In Bezug auf das eigene Leben werden Herausforderungen einer 10-Millionen-Schweiz stärker gewichtet als Chancen.

Erwartete Chancen und Herausforderungen im Hinblick auf 10-Millionen-Schweiz



Ausgeprägte Beunruhigung

Die persönliche Betroffenheit ist bei vielen geringer als die empfundene Beunruhigung ob der Vorstellung einer 10-Millionen-Schweiz.

Beunruhigung heisst nicht Betroffenheit

Grundsätzlich fühlt sich die Bevölkerung sowohl persönlich betroffen als auch allgemein beunruhigt ob der Vorstellung, dass bis zum Jahr 2050 in der Schweiz 10 Millionen Personen leben könnten. Die Durchschnittswerte für die empfundene Beunruhigung liegen aber etwas höher als die erwartete persönliche Betroffenheit. Dieses Muster zeigt sich denn auch über die meisten Gruppen hinweg. Nur bei Personen mit einem hohen Bildungsabschluss und bei Personen im Alter zwischen 15 und 54 Jahren wird die direkte Betroffenheit höher eingeschätzt als die Beunruhigung.

Beunruhigung als subjektives Empfinden

Personen, die auf dem Land leben und über einen mittleren Bildungsabschluss verfügen, sowie diejenigen über 55 empfinden die stärkste Beunruhigung bei der Vorstellung einer 10-Millionen-Schweiz im Jahr 2050. Die tatsächliche direkte Betroffenheit und die gefühlte Empfindung klaffen klar auseinander. Denn am wenigsten beunruhigt fühlen

sich Personen mit einem hohen Bildungsabschluss und Personen im Alter von 15 bis 34 Jahren – letztere sind jene, die am längsten von einer 10-Millionen-Schweiz betroffen wären.

Wer sich betroffen fühlt, hat Grund dazu

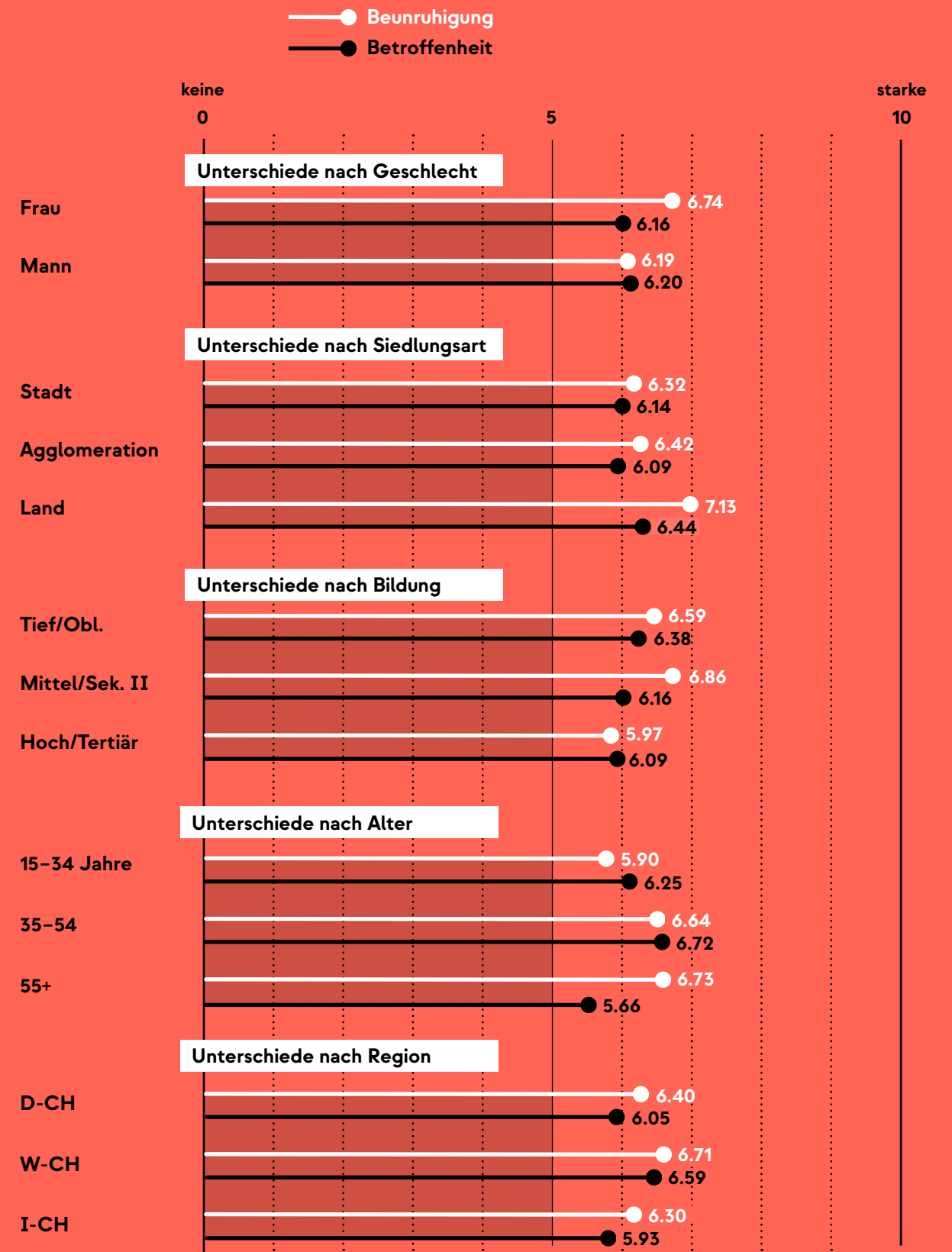
Am meisten Betroffenheit geben die 35- bis 54-jährigen an. Sie sind diejenige Bevölkerungsgruppe, die besonders aktiv im Leben steht. Viele sind berufstätig, häufig unterwegs und daher auch sehr mobil. Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt betrifft sie direkt.

In der Westschweiz fühlt man sich ebenfalls etwas stärker betroffen als anderswo – es ist dies auch die Region der Schweiz, die in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen ist.

Beunruhigung und Betroffenheit driften punktuell auseinander: Gewisse Gruppen fühlen sich stärker beunruhigt denn betroffen von einer 10-Millionen-Schweiz.

Beunruhigung und Betroffenheit im Hinblick auf 10-Millionen-Schweiz

Mittelwerte skaliert, keine (0) oder starke (10) Beunruhigung bzw. Betroffenheit:



Zuwanderung vs. Wirtschaftswachstum

Die Realität sieht anders aus, als viele denken

Die Befragten schätzen nicht nur die Zahl der Zugewanderten zu hoch ein. Sie machen sich auch ein falsches Bild davon, woher sie kommen. Die allermeisten haben auch das Gefühl, dass sie von der seit langem anhaltenden Wachstumsphase nicht profitieren. Der Wunsch nach weniger Zuwanderung gekoppelt mit moderatem Wirtschaftswachstum ist stark verbreitet.

Zuwanderung überschätzt

Die Schweiz wächst langsamer, als die meisten denken. Die tatsächlichen Zahlen liegen deutlich unter den Schätzungen der Befragten.

Wachstum der Schweiz wird zu hoch geschätzt

Die Schweiz wächst schnell: Ende 2023 lebten fast 9 Millionen Menschen zwischen Boden- und Genfersee. Das durchschnittliche Bevölkerungswachstum wird aber von den Befragten zu hoch eingeschätzt. Wie aus der Darstellung der Dartscheibe auf der rechten Seite zu entnehmen ist, treffen Frauen, die Anhängerschaften der SP und der GLP sowie Personen ohne Partei mit ihrer Schätzung das tatsächliche Bevölkerungswachstum am besten. Männer zielen hingegen klar daneben und überschätzen das durchschnittliche Bevölkerungswachstum massiv, ebenso die Anhängerschaften der SVP und der FDP, Personen aus der Romandie und dem Tessin sowie Personen, die in der Agglomeration wohnen. Denn bei über 130'000, wie deren Schätzungen meinten, lag die Bevölkerungszunahme erstmals im Jahr 2023. Eine mögliche Erklärung für die zu hohen Schätzwerte könnte in der intensiven Berichterstattung in den Grenzgebieten sowie die in Medien, welche den Anhängerschaften der SVP und der FDP nahestehen, geführten Debatten in den Jahren 2023 und 2024 sein.

Zur 10-Millionen-Schweiz fehlt immer noch eine Million

Am 31. Dezember 2023 zählte das Bundesamt für Statistik exakt 8'962'300 Personen zur ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz, das sind 1,5 Millionen mehr als vor zwanzig Jahren. Seit 2014 wuchs die Bevölkerung im Durchschnitt um 82'200 Personen pro Jahr, das entspricht einer jährlichen Zunahme an Einwohner:innen in der Grösse der Stadt Luzern. 2018 wurde mit gut 60'000 das tiefste, 2023 mit gut 146'000 das höchste Bevölkerungswachstum der letzten zehn Jahre verzeichnet. Allerdings hatten 50'600 und somit 35 Prozent der zusätzlichen Personen im Jahr 2023 die ukrainische Staatsbürgerschaft. Somit wuchs die Bevölkerung im letzten Jahr so stark wegen der geflüchteten Personen aus der Ukraine, die nach einem Jahr Aufenthalt in der Schweiz 2023 schliesslich zur ständigen Wohnbevölkerung gezählt wurden.

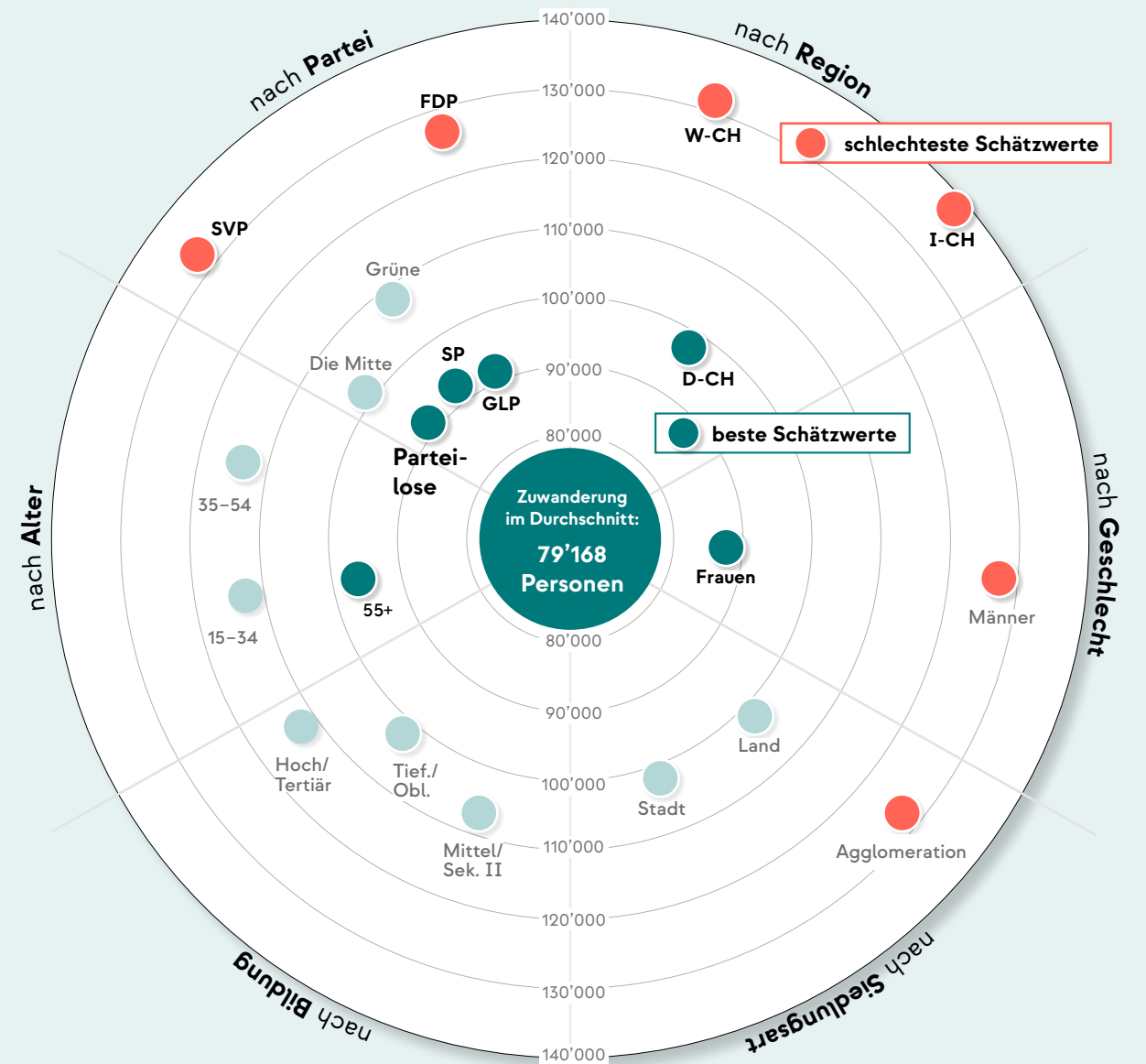
Definition ständige Wohnbevölkerung

Vier Faktoren bestimmen die Einwohnerzahl der Schweiz: alle Personen, die in die Schweiz einwandern, alle Personen, die ins Ausland auswandern, Babys, die zur Welt kommen, und Todesfälle. Die ständige Wohnbevölkerung wird in drei Gruppen unterteilt: schweizerische Staatsangehörige mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz, ausländische Staatsangehörige mit einer Aufenthaltsbewilligung für mindestens ein Jahr und alle ausländischen Staatsangehörigen, die sich seit mindestens zwölf Monaten in der Schweiz aufhalten.

(Quelle: BFS)

Schätzung des durchschnittlichen Bevölkerungswachstums der letzten zehn Jahre

Geschätzte Werte im Vergleich zum realen Wert in der Mitte:



Grossteil kommt aus Europa

Vier von fünf Personen, die in die Schweiz einwandern, kommen aus einem europäischen Land, nur vier von hundert aus Afrika.

Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland

Bis ins 19. Jahrhundert galt die Schweiz als Auswanderungsland. Viele Eidgenossen wanderten aus den armen Bergtälern aus und suchten ihr Glück nicht selten in der Neuen Welt. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte die Entwicklung zum Einwanderungsland Schweiz ein. Vor gut hundert Jahren betrug der Ausländeranteil knapp 15 Prozent, sank aber im Zweiten Weltkrieg bis fast gegen null. Erst mit der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften stiegen die Ausländeranteile ab den 1950er-Jahren wieder an. In den 1960ern und 1970ern wanderten viele Personen aus Südeuropa in die Schweiz ein, 1980 lag der Ausländeranteil bei 15 Prozent, 1998 bei knapp 20 Prozent. 2023 betrug der Anteil der Nicht-Schweizer:innen 27 Prozent. Der Grossteil der Ausländer:innen in der Schweiz stammte schon immer aus Europa. 1941 waren es 95 Prozent, 1998 90 Prozent und im Jahr 2023 knapp 85 Prozent.

Ein- und Auswanderung 2022

Im Jahr 2022 sind 169'000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in

die Schweiz eingewandert. Gleichzeitig haben knapp 91'000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit die Schweiz verlassen. Die Nettozuwanderung aus dem Ausland in die Schweiz lag im Jahr 2022 also bei gut 78'000 Personen. 70 Prozent der Einwanderer:innen kamen aus einem EU/EFTA-Land und 10 Prozent aus dem übrigen Europa. Jede zehnte eingewanderte Person kam aus Asien, jede zwanzigste aus Amerika, 4 von 100 aus Afrika und ganz wenige aus Ozeanien.

Die Schweizer Bevölkerung verschätzt sich

Der Anteil der zugewanderten Personen aus den EU/EFTA-Staaten wird von den Befragten stark unterschätzt und der Anteil der zugewanderten Personen aus dem übrigen Europa markant überschätzt. Der Anteil der zugewanderten Personen aus Afrika wird vier Mal so hoch geschätzt, wie er tatsächlich ist, während der Anteil der zugewanderten Personen aus Asien leicht unterschätzt wird.

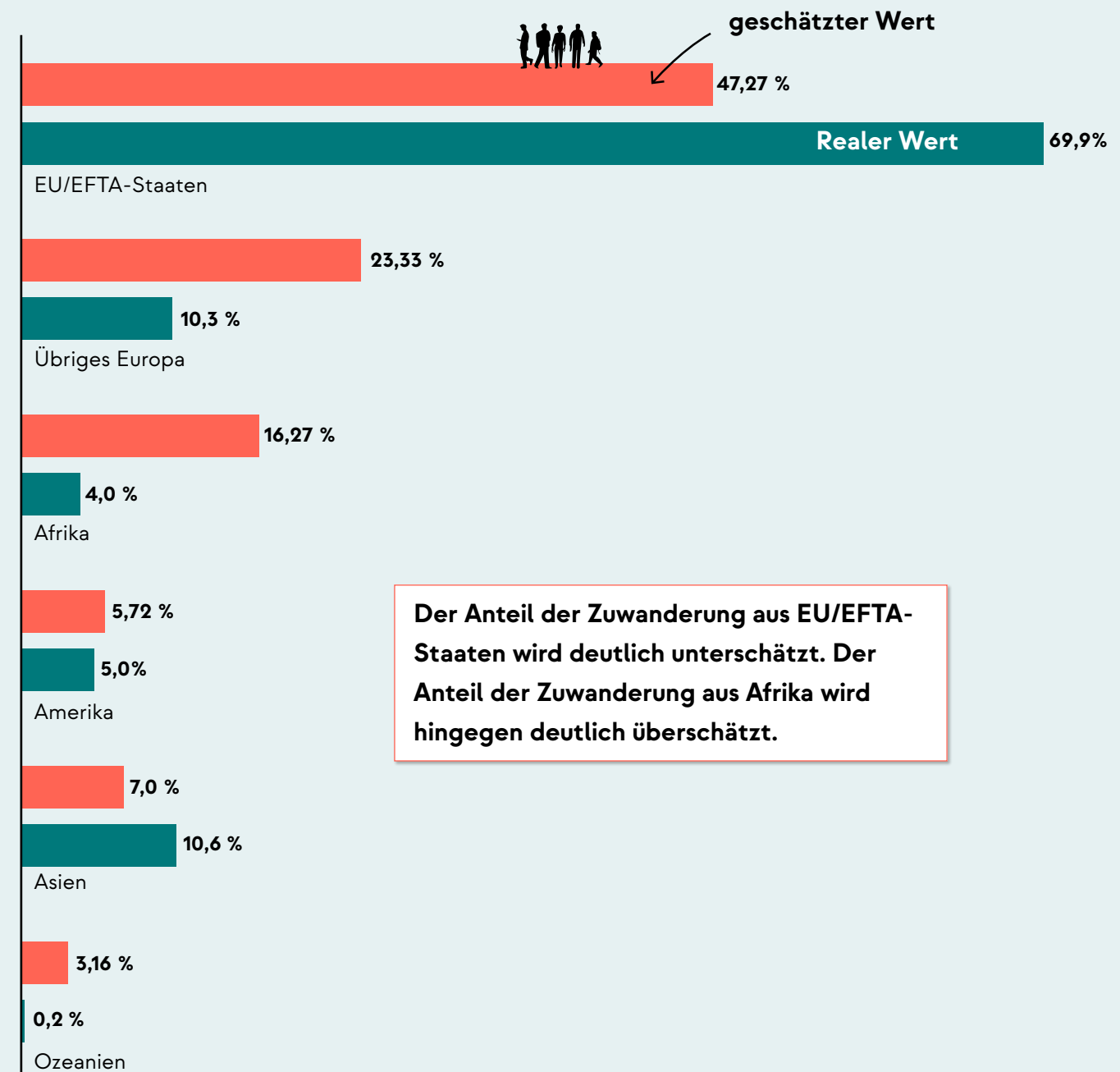
15%

betrug der Ausländeranteil in der Schweiz vor rund hundert Jahren. (Quelle: BFS)

27%

der Bewohner:innen der Schweiz sind im Jahr 2023 nicht Schweizer Bürger:innen. (Quelle: BFS)

Schätzung Herkunft Netto-Zuwanderung nach Kontinenten/Ländergruppen



Der Anteil der Zuwanderung aus EU/EFTA-Staaten wird deutlich unterschätzt. Der Anteil der Zuwanderung aus Afrika wird hingegen deutlich überschätzt.

Viele fühlen sich benachteiligt

Nur Personen mit einem hohen Bildungsabschluss sowie die Anhänger der FDP sind der Ansicht, vom Wirtschaftswachstum der Schweiz zu profitieren.

Wie hat sich die Schweizer Wirtschaft entwickelt?

Gemäss den Zahlen vom Bundesamt für Statistik (BFS) stieg zwischen 2010 und 2023 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in der Schweiz im Durchschnitt um etwa 1 Prozent pro Jahr. Die Zahlen schwanken zwischen einer Zunahme von 6,1 Prozent im Jahr 2021 und einem Minus von 3,5 Prozent im Jahr 2020 (Auswirkungen der Covid-Pandemie). Die Auswirkungen der Zuwanderung auf das Wirtschaftswachstum werden von den Befragten grundsätzlich positiv bewertet, wie aus Seite 21 hervorgeht.

Wer denkt, vom Wirtschaftswachstum profitiert zu haben?

Dennoch hat die Schweizer Bevölkerung aber nicht das Gefühl, persönlich vom Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre wirklich profitiert zu haben. Der Durchschnittswert liegt auf der Zehnerskala bei 4,55, wobei 10 «sehr stark» und 0 «überhaupt nicht» profitiert bedeutet. Nur Personen mit hohem Bildungsabschluss sowie die Anhänger der FDP geben an, profitiert zu haben – aber auch nur wenig mehr als der Durchschnitt. Männer geben an, etwas mehr vom Wirtschaftswachstum profitiert zu haben als Frauen.

Junge glauben, weniger profitiert zu haben als die Älteren

Die Unterschiede zwischen den Generationen sind gering, aber die Befragten unter 35 Jahren sind der Ansicht, sie hätten noch etwas weniger profitiert als die Älteren. Auch Personen mit tiefer und mittlerer Bildung denken, sie hätten weniger profitiert als Personen mit hohem Bildungsabschluss. Die Anhängerschaften aller Parteien sehen sich – mit Ausnahme derjenigen der FDP – nicht als Profiteure des Wirtschaftswachstums. Die Werte liegen für die Personen, die sich keiner Partei nahe fühlen, sowie für die Anhängerschaft der SVP am tiefsten.

Was ist das Wirtschaftswachstum?

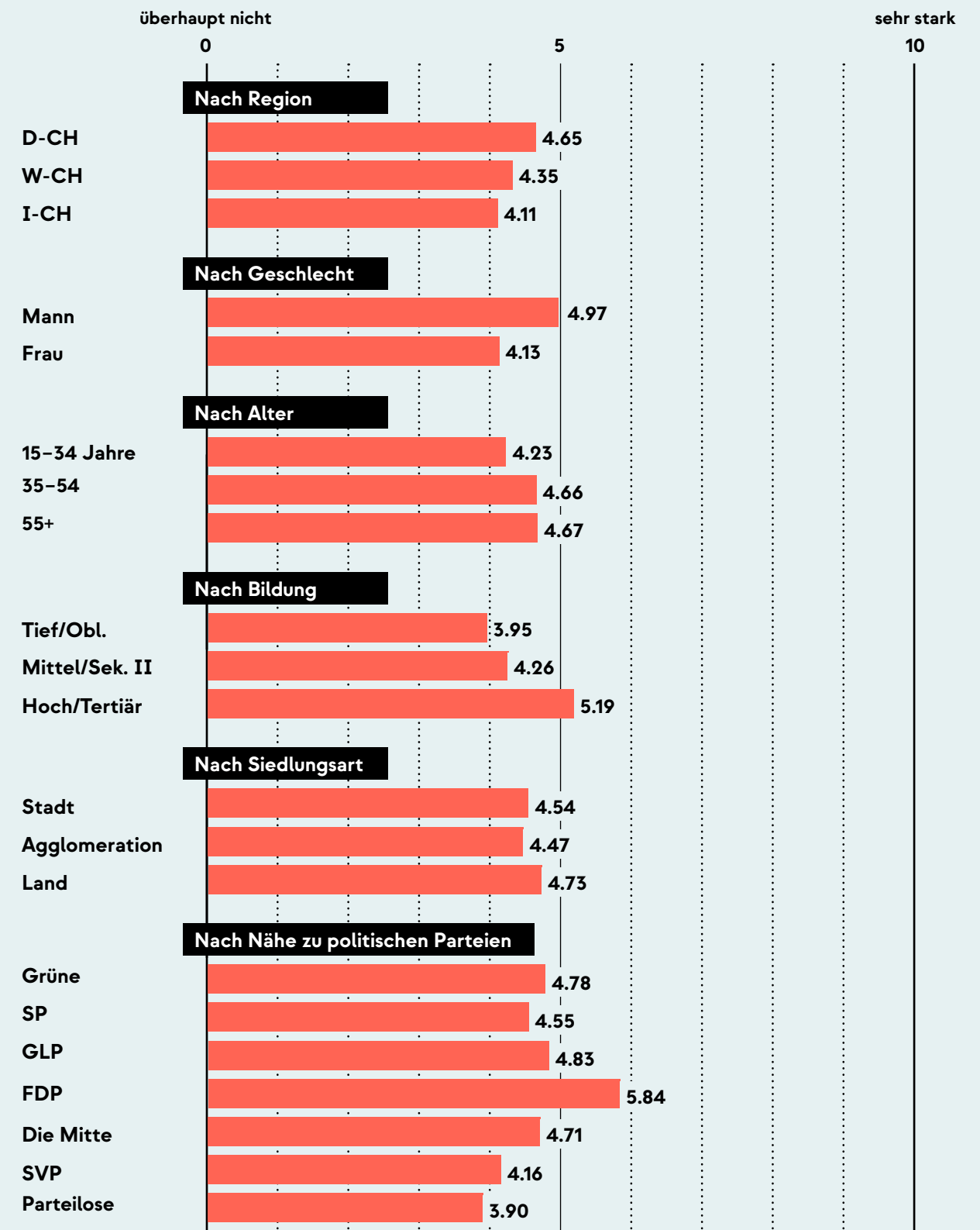
Das Wirtschaftswachstum kann mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen werden.

Das BIP bezeichnet den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die während eines Wirtschaftsjahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erwirtschaftet wurden. Es gibt das nominale BIP, das sich abhängig von den Veränderungen des Preisindex verändert und somit bei Inflation steigt und bei Deflation sinkt. Das reale BIP wird in Bezug zu konstanten Preisen berechnet und erlaubt es, das BIP unabhängig von Preisveränderungen zu betrachten. Das BIP kann insgesamt oder pro Kopf angegeben werden – wenn das BIP unverändert bleibt, aber die Bevölkerung wächst, verteilt sich das BIP auf mehr Köpfe. Jeder einzelnen Person bleibt somit ein geringerer Anteil am BIP. Folglich kann das BIP pro Kopf sinken, selbst wenn es insgesamt gleich bleibt.

(Quelle: BFS)

Persönliches Empfinden zum Profitieren vom Wirtschaftswachstum

Mittelwerte skaliert, überhaupt nicht (0) oder sehr stark (10) profitiert:



Die Schweiz soll weiter wachsen

Die Schweizer Wirtschaft soll im gleichen Umfang wachsen wie bisher – das finden fast alle.

Wachstum soll beibehalten werden

Das BIP pro Kopf stieg von 2010 bis 2022 im Durchschnitt um 1 Prozent pro Jahr. Ist die Schweiz auf ein Wirtschaftswachstum in ähnlichem Ausmass angewiesen – unabhängig davon, ob die befragten Personen vom Wirtschaftswachstum profitiert haben oder nicht? Grundsätzlich steht die Schweizer Bevölkerung hinter dem bisherigen Wirtschaftswachstum und möchte es beibehalten.

Wenig Meinungsunterschiede

Die Meinungen zwischen den Sprachregionen, Geschlechtern, Altersgruppen, Bildungsniveaus und Siedlungsarten unterscheiden sich sehr wenig. Die Werte liegen alle nahe beim Mittelpunkt, was darauf hindeutet, dass sich zustimmende und ablehnende Haltungen in etwa die Waage halten. Individuelle Einstellungen zum Wirtschaftswachstum lassen sich nicht durch eine Gruppenzugehörigkeit erklären.

Unterschiede je nach Parteipräferenz

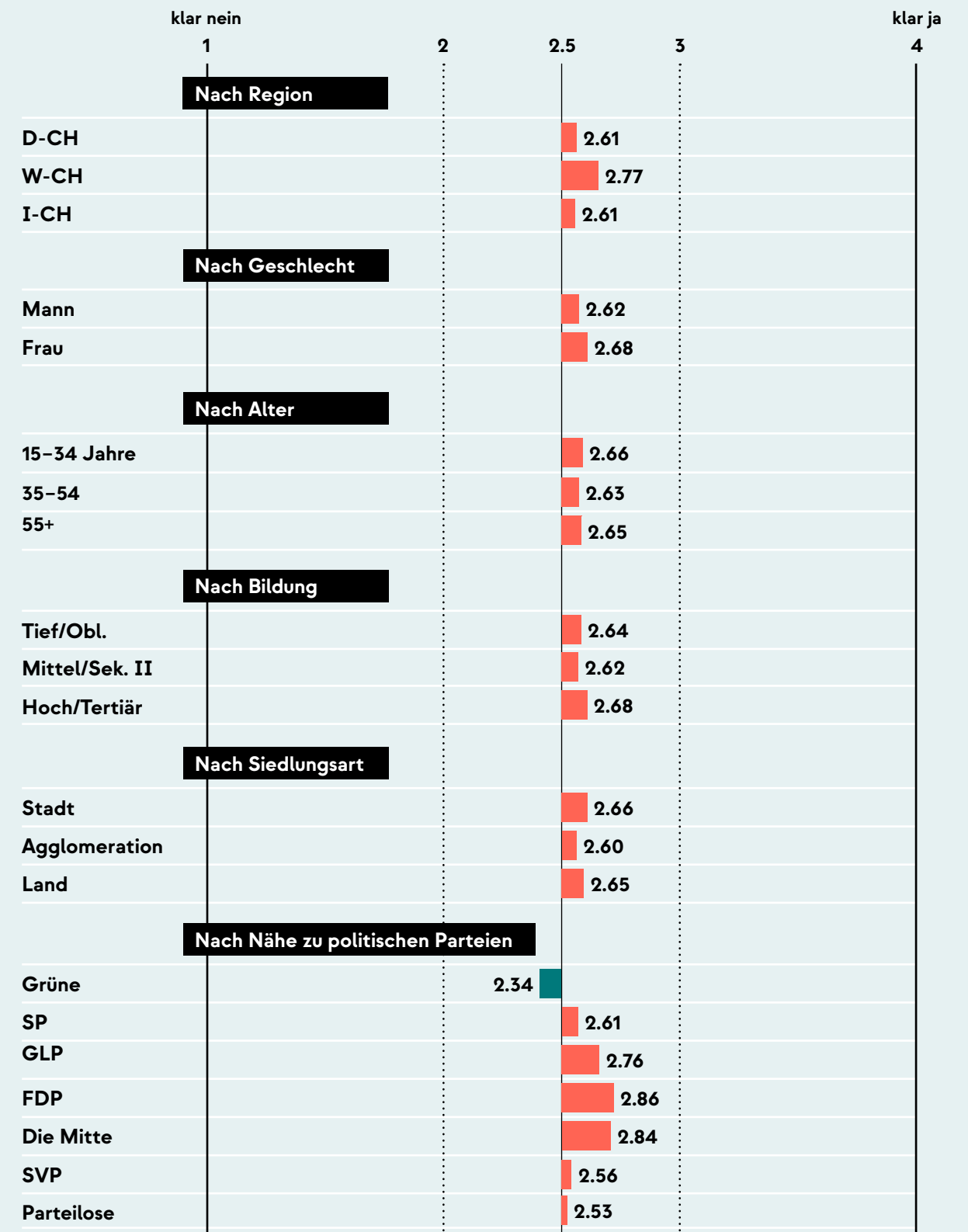
Zwischen den Anhängerschaften der Parteien zeigen sich die deutlichsten Unterschiede. Wer FDP, GLP und Mitte nahesteht, spricht sich am ehesten für ein grösseres Wirtschaftswachstum als bisher aus. Bei den Anhängerschaften von SP sowie SVP und Personen ohne Parteibindung lässt sich fast keine Tendenz ausmachen. Nur die Anhängerschaft der Grünen findet, dass die Schweiz eher nicht auf dasselbe Wirtschaftswachstum setzen sollte wie bisher.

« **Stabiler Arbeitsmarkt dank Zuwanderung**
 Der Bevölkerungszuwachs der Schweiz in den letzten Jahrzehnten kam primär aus Europa. Grund war der hohe Bedarf an Arbeitskräften. Durch die rückläufigen Geburtenraten und die Erhöhung der Lebenserwartung sind die Generationen verschieden gross. Während die grosse Generation der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt austritt und in Pension geht, tritt eine kleinere Generation, die Generation Z, in den Arbeitsmarkt ein. Soll die Wirtschaft weiterhin wachsen, braucht die Schweiz eine hohe Nettozuwanderung. Dank eines hohen Lebensstandards und höherer Löhne konnte die Schweiz ihren Bedarf an Arbeitskräften stets durch Arbeitnehmende aus dem Ausland decken. Doch ist das auch in Zukunft noch so? Die Bevölkerung in Europa schrumpft bereits, die Anzahl Personen im erwerbstätigen Alter (20–64) nahm 2024 bereits um 2,7 Millionen Personen ab. Es wird eine politische, gesellschaftliche und demografische Frage, ob die Schweiz weiterhin wachsen soll, um auch einen stabilen Arbeitsmarkt dank Zuwanderung zu gewährleisten, oder ob die Bevölkerung mit weniger Zuwanderung stagnieren und schneller altern soll und der Arbeitsmarkt schrumpft. Gut möglich, dass der Wirtschaftsraum Schweiz bald über zu wenig Zuwanderung klagen wird, da die Konkurrenz um Arbeitskräfte und Fachkräfte international zunimmt.

Hendrik Budliger
 Gründer und Leiter Demografik, Demografieexperte

Notwendigkeit Wirtschaftswachstum

Mittelwerte skaliert, klar nein (1) oder klar ja (4) zur Notwendigkeit:



Moderates Wachstum

Die Bevölkerung möchte im Mittel lieber weniger Zuwanderung als ein weiterhin starkes Wirtschaftswachstum. Aber ganz so eindeutig ist es nicht.

Wirtschaftswachstum oder Zuwanderung? Beides und weder noch!

Wenn die Schweizer Bevölkerung einen Schwerpunkt setzen müsste für die zukünftige Entwicklung der Schweiz zwischen «starkem jährlichem Wirtschaftswachstum» und «keiner weiteren Zuwanderung», dann gewichtet sie im Durchschnitt sowie über die Sprachregionen, Geschlechter, Altersgruppen, Bildungsniveaus und Wohnorte hinweg die Beschränkung der Zuwanderung als etwas wichtiger ein als ein starkes Wirtschaftswachstum.

SVP als einzige Partei klar gegen weitere Zuwanderung

Bei den Parteianhängerschaften ist das Verdikt hingegen klar. Die Basis der SVP spricht sich klar dafür aus, den Schwerpunkt für die zukünftige Entwicklung bei einer Begrenzung der Zuwanderung zu setzen und nicht bei einem starken Wirtschaftswachstum. Personen ohne Parteibindung sehen es ähnlich, aber nicht so ausgeprägt wie die SVP-Anhängerschaft. Die Anhängerschaft der Mitte ist in der Tendenz auf der Seite der Zuwanderungsbeschränkung, während GLP und FDP in der Mitte liegen.

Nur Links-Grün präferiert hingegen eher das Wirtschaftswachstum vor der Beschränkung der Zuwanderung.

Wer wie zum Wirtschaftswachstum beiträgt

Das Wirtschaftswachstum eines Landes hängt von mehreren Faktoren ab: dem technischen Fortschritt, der Infrastruktur und den Investitionen in Sachkapital sowie in Menschen. Die Erwerbsquote bezeichnet die Anzahl der Erwerbspersonen in Bezug auf eine definierte Gruppe, d. h. wie viele Personen einer bestimmten Gruppe erwerbstätig sind oder sein könnten. Die Erwerbsquote kann entweder im Total verglichen werden, ohne Vollzeit- und Teilzeit-Anstellungen miteinzubeziehen. Oder sie kann in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) verglichen werden – so wird nicht nur miteinbezogen, ob eine Person arbeitet bzw. arbeiten könnte, sondern auch, wie viel sie arbeitet bzw. arbeiten könnte. Von 2021 bis 2023 lag die Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten für Schweizer:innen bei 70,5 Prozent und bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 68,8 Prozent.

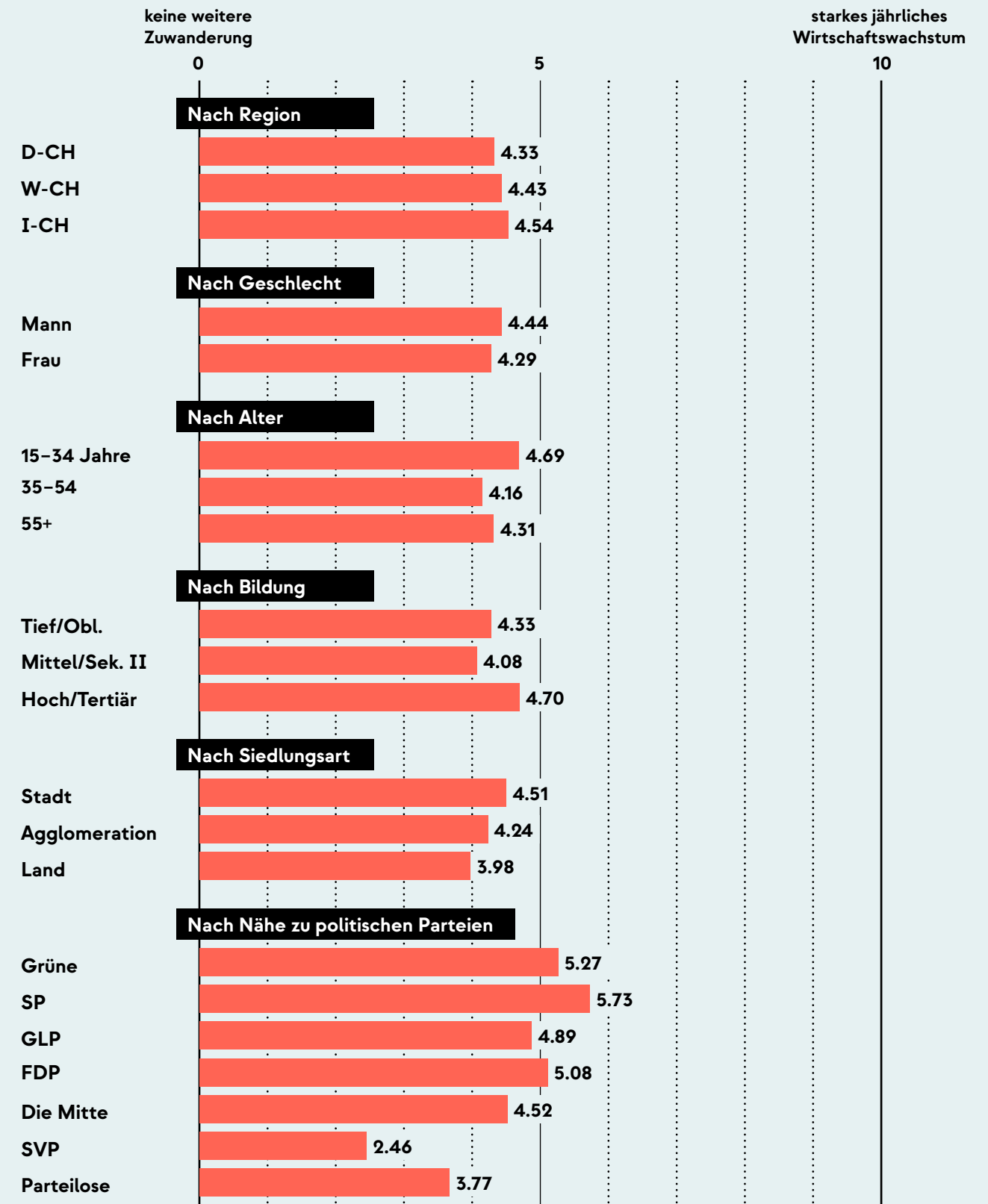
Definition Erwerbspersonen

Erwerbspersonen sind sowohl erwerbstätige wie erwerbslose Personen. Erwerbstätige Personen sind Personen ab 15 Jahren, die mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entlohnung arbeiten. Erwerbslose Personen sind Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären und die aktiv eine Arbeit suchen, aber zum Messzeitpunkt nicht erwerbstätig waren.

(Quelle: BFS)

«Jährliches Wirtschaftswachstum» vs. «keine Zuwanderung»

Mittelwerte skaliert, keine weitere Zuwanderung (0) oder starkes jährliches Wirtschaftswachstum (10):



Massnahmen

Gegensteuer erwünscht

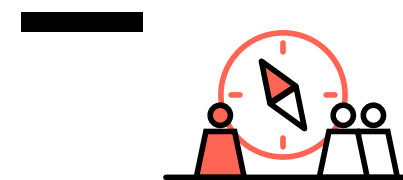
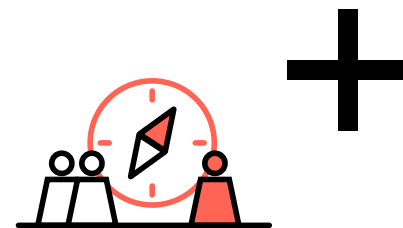
Die repräsentative Umfrage des Chancenbarometers 2024 zeigt eines ganz klar: Die Bevölkerung wünscht Massnahmen gegen die Zuwanderung. Doch darüber, was und wie reguliert werden soll, gehen die Meinungen weit auseinander. Zum besseren Verständnis der Bedürfnisse lassen sich fünf Sichtweisen herauskristallisieren.

Was geht und was nicht:

Wie die Bevölkerung die Zuwanderung künftig steuern will

Seit geraumer Zeit werden verschiedene politische Massnahmen diskutiert, wie die Schweiz das Bevölkerungswachstum regulieren könnte. Das Chancenbarometer 2024 fragte ganz konkret, welche politische Massnahmen zur Steuerung des Bevölkerungswachstums die Befragten befürworten beziehungsweise ablehnen.

Beliebte Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung:



Unbeliebte Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung:

Überwältigende Zustimmung

Mehr ÖV: Den öffentlichen Verkehr stärker ausbauen.

Arbeiten über das AHV-Alter hinaus: Das inländische Arbeitspotenzial besser abschöpfen durch steuerliche Vergünstigungen für Arbeiten über das AHV-Alter hinaus.

Mehr Kita: Das inländische Arbeitspotenzial besser abschöpfen, indem Kitas stärker gefördert werden.

Zustimmung > 70 %

Mehrheitliche Zustimmung

Punktesystem Zuwanderung: Ein Punktesystem für zugewanderte Personen, wie es beispielsweise Kanada kennt. Nur wer aufgrund von Ausbildung, Sprachkompetenz etc. ausreichend Punkte erhält, kann einwandern.

Mehr Elternurlaub: Das inländische Arbeitspotenzial besser abschöpfen, indem Eltern durch mehr Elternurlaub im Arbeitsleben behalten werden.

Motorfreien Verkehr fördern: Den nicht motorisierten Personenverkehr stärker fördern.

Heiratsstrafe abschaffen: Das inländische Arbeitspotenzial besser abschöpfen durch die Reduktion der Grenzsteuersätze bei Doppelverdienenden.

Zustimmung > 60 %

Knappe Zustimmung

Schutz von landwirtschaftlichem Land: Verbot, weiteres (landwirtschaftliches) Land in Bauzonen umzuzonen.

Mietpreise deckeln: Einführung von Mietpreisdeckeln für private Wohnungen.

Wohnraum schneller bauen: Bau von Wohnraum fördern durch Bürokratieabbau (Verfahren verkürzen, Einspruchsrecht reduzieren, höhere Auslastungsziffern ermöglichen).

Zuwanderungsabgabe: Eine Zuwanderungsabgabe, die dazu führt, dass zugewanderte Personen in den ersten Jahren in der Schweiz einen höheren Beitrag an die bereits existierende öffentliche Infrastruktur leisten.

Zustimmung > 50 %

Knappe Ablehnung

Politische Integration von Einwohner:innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft: Integration von Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft durch (begrenzt)es Stimm- und Wahlrecht fördern.

Zuwanderung ausserhalb EU/EFTA verbieten: Nur noch Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum zulassen.

Mehr Strassen: Bauen von zusätzlichen Strassen und Autobahnen.

Höhere individuelle Beteiligung an den Ausbildungskosten: Studiengebühren oder Rückzahlungsmodelle, sodass sich die Ausbildungsentscheidungen von jungen Personen stärker an den Bedürfnissen des Marktes orientieren.

Ablehnung > 50 %

Mehrheitliche Ablehnung

Offene Grenzen: Keine Beschränkung der Zuwanderung, da sie sich von selbst reguliert.

Einführung einer Lenkungsabgabe auf Wohnraum: Wer mehr Wohnraum/Quadratmeter nutzt, soll eine entsprechende Abgabe pro Jahr bezahlen.

Autobahnspur ab zwei Personen: Reservierung einer Autobahnspur für Fahrzeuge mit mindestens zwei Personen.

Zuwanderungsverbot: Gar keine Zuwanderung mehr zulassen.

Ablehnung > 60 %

Überwältigende Ablehnung

Einführung eines flächendeckenden Mobility Pricing: Für jeden privat und im ÖV gefahrenen Kilometer muss eine Abgabe entrichtet werden.

Ablehnung > 70 %

Zwischen Euphorie und Skepsis

Die fünf Sichtweisen auf die 10-Millionen-Schweiz

Die Bevölkerung lässt sich in fünf Typen einteilen

Die fünf Gruppen repräsentieren fünf Perspektiven auf die unterschiedlichen Herausforderungen und Chancen des Bevölkerungswachstums. Sie sind eine Art Pulsmesser, damit nicht nur die Sicht der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung abgebildet wird, sondern damit die unterschiedlichen Sichtweisen herauskristallisiert und so besser verstanden werden können.

Wie der 10-Millionen-Schweiz begegnet wird

Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtet die Zuwanderung an Arbeitskräften und die Diversität als zentrale Chancen bzw. den Wohnungsmangel sowie die Verkehrsüberlastung als die wichtigsten Herausforderungen (s. Seite 19 (Besorgt aber zuversichtlich)). Die Zuwanderung wird von über 60 Prozent akzeptiert, wenn sie mit gewissen Anpassungen verbunden ist. Über zwei Drittel wären zudem explizit gegen ein Zuwanderungsverbot, wie aus Seite 43 hervorgeht.

Ein vielfältigeres Bild

Ein Viertel der Befragten richtet den Blick primär auf Chancen resp. ein Fünftel sieht vorwiegend Herausforderungen. Es gibt somit den sehr euphorischen Blick bzw. den äusserst skeptischen. Zweitens wird, wie bei der Mehrheit der Befragten, auch über die gebildeten Grundhaltungen hinweg, die Zuwanderung von Arbeitskräften als wichtigste Chance für die Wirtschaft sowie für den Erhalt des Wohlstands betrachtet. Drittens stechen in Bezug auf die Herausforderungen drei besonders hervor: die Auswirkungen auf die Umwelt, auf den Erhalt der Schweizer Kultur und auf die Verfügbarkeit von Wohnungen. Es gibt somit diese Perspektiven: «Priorität Umwelt», «Priorität Kultur» und «Priorität Wohnen». Die fünf Typen zeigen, wo dringend konkrete Lösungen gefragt sind.

Auf dieser Basis erfolgte die Typologie

Je fünf Herausforderungen bzw. Chancen mussten mehrmals gegeneinander abgewogen werden. Auf dieser Basis erfolgte die Typologie:

Herausforderungen:

- Druck bzw. Konkurrenz Arbeitsmarkt
- Volle Busse, Züge
- Höherer Gesamtenergieverbrauch
- Infrastruktur und Gesundheitsversorgung
- Verstärkte Landnutzung
- Verstärkte Nutzung natürlicher Ressourcen
- Veränderung der Schweizer Kultur
- Ausgaben Sozialwerke
- Mehr Verkehr und Stau
- Wohnungsmangel, teurere Mieten

Chancen:

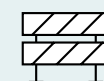
- Mehr AHV-Einzahlung und Stabilisierung
- Höhere Diversität/Multikulturalität
- Mehr Personal für Gesundheitssektor
- Verfügbarkeit Arbeits- und Fachkräfte
- Höhere Steuereinnahmen
- Wirtschaftswachstum, höherer Wohlstand
- Gesteigerte Innovationsfähigkeit
- Möglichkeit Belebung Randregionen
- Weniger Leerstand Wohnungen
- Mehr Personal ÖV-Betriebe

5 Typen und die 10-Millionen-Schweiz:



Die Euphorischen – «Priorität Chancen»

Die grösste Gruppe umfasst ein Viertel der Befragten. Sie fokussiert ganz klar auf die Chancen der 10-Millionen-Schweiz. An erster Stelle steht dabei die Entwicklung der Volkswirtschaft, des Wohlstands und des Sozialstaats. Diese Gruppe sieht in der Bevölkerungsentwicklung viel Potenzial. Sie sieht für die Schweiz in der Zuwanderung vor allem wirtschaftliche, aber auch kulturell positive Entwicklungen. Herausforderungen werden grundsätzlich nicht als wichtig bewertet.



Die Skeptischen – «Priorität Herausforderungen»

Ein Fünftel der Bevölkerung sieht in der 10-Millionen-Schweiz kaum Chancen, sondern in erster Linie Herausforderungen. Es ist dies die generelle Haltung, die diesen Typen prägt. Die wichtigsten Sorgen sind dabei die verstärkte Nutzung von Land und Wasser, die Veränderung der Schweizer Kultur, zunehmender Verkehr und Stau, steigende Ausgaben für den Sozialstaat und der Wohnungsmangel.



Die Naturbezogenen – «Priorität Umwelt»

Für 16 Prozent der Befragten steht die Umwelt im Zentrum. Die wichtige Herausforderung ergibt sich für diesen Typen aus der verstärkten Nutzung von Land und Wasser, welche die Naturbezogenen im Vergleich zu den anderen vier Typen deutlich stärker bewerten. Die restlichen Herausforderungen werden hingegen alle als ähnlich unwichtig betrachtet. Moderate Chancen sieht dieser Typ in den Themenbereichen Wirtschaft, Wohlstand und Sozialstaat.



Die Traditionsbewussten – «Priorität Kultur»

Jede fünfte der befragten Personen sieht in der 10-Millionen-Schweiz sowohl Chancen wie auch Herausforderungen. Im Vordergrund stehen bei diesem Typen die Chancen, die sich aufgrund der Zuwanderung für Wirtschaft und Wohlstand ergeben. Der Einfluss auf die Schweizer Kultur und die Ausgaben des Sozialstaats gelten diesem Typen als wichtigste Herausforderungen.



Die Urbanen – «Priorität Wohnen»

Ein weiteres Fünftel der Befragten betrachtet mehrere Chancen als auch einzelne Herausforderungen als wichtig im Hinblick auf eine 10-Millionen-Schweiz. Im Zentrum bei den Herausforderungen stehen der Wohnungsmangel und die steigenden Mietpreise. Keine Gruppe gewichtet diese Thematik so stark wie sie. Die anderen Herausforderungen spielen für diesen Typen keine herausragende Rolle. Als Chancen betrachten sie die wachsende Wirtschaft und den Wohlstand.

Handlungsempfehlungen

Chancen für Lösungen

Das Chancenbarometer 2024 zeigt unmissverständlich den Handlungsbedarf für die Schweiz auf, um die Folgen der Zuwanderung in den Griff zu bekommen. Die Engpässe wie beispielsweise beim Wohnen und in der Infrastruktur bieten mancherlei Chancen.

Mehr Transparenz und aufklären

Der Zuwanderung steht eine grosse Mehrheit zwiespältig gegenüber, was politisch sehr ernst zu nehmen ist. Doch wie?

Weniger Zuwanderung höher gewichtet

Die Bevölkerung will weiterhin Wohlstand und ein moderates Wirtschaftswachstum, und sie will gleichzeitig eine gebremste Zuwanderung. Es ist einerseits ein Ringen um Wohlstand, Wachstum und Arbeitskräfte aus dem Ausland, da das inländische Arbeitskräfteangebot der Schweizer Wirtschaft schon lange nicht mehr genügt. Andererseits zeigt das Chancenbarometer 2024 auf, dass die Bevölkerung eine geringere Zuwanderung einem starken Wachstum vorzieht. Die Menschen gewichten ihre persönlichen Nachteile aus der Zuwanderung offensichtlich höher als den Wohlstand, der das Wachstum ermöglicht.

Prosperität als Selbstverständlichkeit

Eine Erklärung könnte sein, dass eine grosse Mehrheit der Befragten den Eindruck hat, vom Wirtschaftswachstum der letzten Jahre persönlich zu wenig profitiert zu haben. Vor allem Frauen, Jüngere und Befragte ohne Parteiennähe fallen darunter. Einzig die Gruppe der Gutasgebildeten so-

wie FDP-nahe Personen äussern sich deutlich positiv. Es scheint, dass die Prosperität in weiten Teilen der Bevölkerung als etwas Selbstverständliches angenommen wird. Es ist eine grosse Aufgabe der Politik, Transparenz darüber zu schaffen, was es heisst, wenn das Wirtschaftswachstum an eine restriktivere Einwanderungspolitik anzupassen wäre. Eine zu einseitige Risikoabwägung zugunsten weniger Zuwanderung könnte sich längerfristig in volkswirtschaftlichen Kosten niederschlagen.

Selbstverschuldete Engpässe

Es gilt aber auch aufzuzeigen, dass viele der vermeintlichen Folgekosten aus der Zuwanderung selbstverschuldet sind, dies vor allem durch Engpässe im Wohnungsbau sowie in der Infrastruktur. Hier ist schnelles und gezieltes Handeln angesagt. Offenheit, kulturelle Identität, innere Sicherheit und Vertrauen in die Institutionen sind intakt und bieten eine gesunde Basis, um in der Schweiz differenzierte Lösungen breit zu diskutieren und den Chancenblick zu schärfen. Es bestehen jedoch deutliche Informationsdefizite im Land, die zu beheben sind.

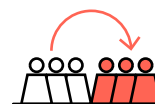
Viele der vermeintlichen Folgekosten aus der Zuwanderung sind selbstverschuldet.

Fünf Handlungsempfehlungen:



1. Wachstumsschmerzen politisch ernst nehmen:

Die Folgen der starken Zuwanderung lassen sich nicht mehr schönreden. Praktisch alle Befragten wollen Massnahmen sehen. Die Politik muss Farbe bekennen und ernsthaft nach Lösungen suchen. Das Einwanderungsland Schweiz benötigt einen Umbau, der den aktuellen Zuzug dämpft und gleichzeitig qualitativ aufwertet sowie die Engpässe in der Infrastruktur behebt.



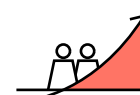
2. Dialogpflicht der Politik

Nur wenige wollen die Zuwanderung abwürgen – und damit das Wirtschaftswachstum als Haupttreiber der Zuwanderung. Eine breite Diskussion über die Wechselwirkungen und Risiken einer enger gefassten Einwanderungspolitik ist nötig. Dabei sind auch die bald stark schrumpfenden Bevölkerungen in Europa im Auge zu behalten. Die Politik steht in einer Dialogpflicht mit den Bürger:innen des Landes.



3. Ausbau der Infrastruktur offensiver angehen

Längst nicht mehr bestimmen kulturelle Ängste oder sogar Fremdenfeindlichkeit die Kritik an der Zuwanderung. Es sind in allererster Linie «technische» Dinge wie besonders der Wohnungsmangel sowie generelle Infrastrukturengpässe namentlich beim Verkehr, die für Ärger sorgen. Diese hausgemachten Probleme sind auf Fluten von Einsparungen, bürokratische Hindernisse und politische Nicht-Entscheidungen zurückzuführen. Hier müssen Lösungen ansetzen.



4. Inländisches Arbeitskräftepotenzial stärken

Obwohl die Erwerbsquote in der Schweiz bereits hoch ist, gibt es Reserven, die mit richtigen Anreizen auszuschöpfen sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden, insbesondere durch die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Und durch die Abschaffung der Heiratsstrafe. Vorsorgeanpassungen können zudem das Arbeiten über das AHV-Alter hinaus fördern.



5. Schutzklausel mit EU aushandeln

Mit gegen zwei Dritteln ist die Migration mit den Ländern der EU verbunden. Die EU könnte ein Teil der Lösung sein, wenn sie bereit ist, bei der Personenfreizügigkeit Konzessionen zu machen. Konkret geht es um die Schutzklausel im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zum Rahmenvertrag. Im Idealfall wird eine Klausel gefunden, «die für die EU nicht zu weit geht und für die Schweiz weit genug» (NZZ).

Schmerzhaftes Wachstum

Der Schweiz geht es gut. Das Vertrauen in ihre Institutionen ist gross. Nur bei einem Thema hat sich die Stimmung seit der ersten Ausgabe des Chancenbarometers 2020 eingetrübt: bei der Zuwanderung. Die Einschätzung hat sich besonders bei Personen verändert, die nicht an den politischen Polen stehen. Sie sehen zunehmenden Handlungsbedarf. Nachdem das Thema Zuwanderung einige Jahre in den Hintergrund geriet, kommt es nun mit aller Kraft zurück.

Heute schätzt die Bevölkerung die Folgen der Zuwanderung in vielen Bereichen negativ ein. Anders als in den Nachbarländern spielen jedoch Ängste in Bezug auf innere Sicherheit und Integration keine zentrale Rolle. Auch die früher verbreitete Furcht vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat sich gelegt. Es ist vor allem der Einfluss der Zuwanderung auf den Siedlungs- und Naturraum, der kritisch gesehen wird. Die grösste Belastung sieht die Bevölkerung beim Wohnungsangebot, gefolgt vom Strassennetz und der natürlichen Umwelt. In Bezug auf diese Infrastrukturen ist das Urteil von links bis rechts einhellig negativ. Dadurch hat die Zuwanderungsskepsis Kreise erreicht, die früher zuwanderungsfreundlich eingestellt waren. Ein Zuwanderungsstopp wird jedoch nicht gefordert.

Nur beim Wirtschaftswachstum und in Bezug auf die Kultur schätzt eine Mehrheit die Wirkung der Zuwande-



Michael Hermann
Gründer und Leiter
Forschungsinstitut Sotomo

«Die Schweiz hat sich zu einer offenen Gesellschaft gewandelt, die allerdings ihre Infrastruktur vom raschen Bevölkerungswachstum belastet sieht.»

Der Bevölkerung positiv ein. Letzteres zeigt, dass Ängste vor Überfremdung und Identitätsverlust heute nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Die Schweiz hat sich, auch im internationalen Vergleich, zu einer offenen Gesellschaft gewandelt, die allerdings ihre Infrastruktur vom raschen Bevölkerungswachstum belastet sieht.

Verstopfte Strassen, Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen und überfüllte Naherholungsgebiete werden

direkt mit der Zuwanderung in Verbindung gebracht. Der positive Effekt der Zuwanderung auf das Wirtschaftswachstum und den individuellen Wohlstandsgewinn ist dagegen viel weniger augenfällig und greifbar, gerade weil Prosperität für viele in der Schweiz schon fast selbstverständlich ist. Während die Wachstumsschmerzen heute spürbar sind, werden die problematischen Folgen einer Zuwanderungsbeschränkung, etwa auf die Gesundheitsversorgung, erst beim Ergreifen entsprechender Massnahmen wirksam. Für die Einschätzung der Befragungsergebnisse ist wichtig: Die Schmerzen des Wachstums sind real, die Schmerzen eines gebremsten Wachstums vorerst nur hypothetisch. Trotz dieser Asymmetrie ist die Schweizer Bevölkerung hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die Zuwanderung zu beschränken, und dem Bedürfnis nach anhaltendem Wirtschaftswachstum. Sie möchte beides zugleich.

Die Bevölkerung sieht bei der Zuwanderung wachsenden Handlungsbedarf. Dennoch ist der Handlungsbedarf beim Gesundheitssystem, bei der Altersvorsorge sowie bei der Energieversorgung aus Sicht der Befragten immer noch weit grösser. Dies zeigt: aller Kritik zum Trotz geht es dem Zuwanderungsland Schweiz gut – gerade auch im Vergleich zu den Nachbarländern mit weniger Zuwanderung und grösseren Integrationsproblemen.

75%

finden die bilateralen Verträge mit der EU wichtig. 69% der Befragten auf dem Land; 75% der Befragten in der Agglomeration; 76% der Befragten in der Stadt.

61%

sind gegen ein Zuwanderungsverbot. 52% der Befragten auf dem Land; 59% der Befragten in der Agglomeration und 64% der Befragten der Stadt.

65%

sind für ein Punktesystem für zugewanderte Personen analog zu Kanada. Nur wer genügend Punkte erhält (Ausbildung, Sprache etc.), darf einwandern.

56%

finden, dass die Schweiz auch in Zukunft auf ein Wirtschaftswachstum ähnlich wie in den vergangenen Jahren angewiesen ist. 59% der Befragten auf dem Land; 53% der Befragten in der Agglomeration; 57% der Befragten in der Stadt.

65%

fühlen sich beunruhigt von der Vorstellung einer 10-Millionen-Schweiz im Jahr 2050. 74% der Befragten auf dem Land; 65% der Befragten in der Agglomeration; 63% der Befragten in der Stadt.

20%

schätzen die durchschnittliche Zuwanderung der letzten zehn Jahre korrekt ein. (mit 75'000 bis 100'000 Netto-Immigration pro Jahr). 18% der Befragte auf dem Land; 21% der Befragten in der Agglomeration; 21% der Befragten in der Stadt.

Hintergrund

Datenerhebung und Analyse

Repräsentative Befragung in der ganzen Schweiz.

Das Chancenbarometer 2024 liefert konkrete Handlungsempfehlungen, die sich aus faktenbasierten Erkenntnissen ableiten lassen. Die für das Chancenbarometer 2024 durchgeführten Analysen basieren auf einer schweizweit durchgeführten Befragung, die sich seit 2020 jährlich wiederholt. Die Ergebnisse sind gewichtet, um den Unterschieden bezüglich soziodemografischer Merkmale wie Bildungsniveau und Parteizugehörigkeit zwischen der Stichprobe und der Schweizer Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Technische Eckdaten

Das Chancenbarometer ist der empirische Faktencheck zur Veränderungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung.

Stichprobe

6'319 Einwohner:innen ab 15 Jahren
(DCH = 4'493; FCH = 1'554; ICH = 272)

Befragungszeitraum

25. März bis 29. April 2024

Datenerhebung

Online-Umfrage via DemoSCOPE-Panel (N=1'241), Panelpartner (n=635) und Online-opt-in (n=4'443) per freien Zugang über die sozialen Netzwerke sowie Online-News-Plattformen.

Art der Datenaufbereitung

Alle Angaben sind anpassungsgewichtet nach demografischen, geografischen und politischen Merkmalen zur möglichst repräsentativen Abbildung der Bevölkerung.

Geschätzter Fehlerbereich

Unter der Annahme einer Zufallsstichprobe beträgt der maximale Fehlerbereich +/- 1,2 Prozentpunkte (bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit).

Impressum

Initiant und Trägerschaft

LARIX Foundation. Innovation matters.

Herausgeber

StrategieDialog21

Projektleitung

StrategieDialog21

Datenerhebung

Sozial- und Marktforschungsinstitut
DemoSCOPE, Adligenswil

Projektberatung

Forschungsinstitut Sotomo, Zürich
Michael Hermann und Sarah Bütikofer

Strategische Positionierung und Branding

ESSENCE RELATIONS AG
Strategieberatung, Zürich und Bern
Nathaly Bachmann

Design und Visualisierung

viz. bybraem, Marina Bräm, Chur

Dank

Wir danken Tina Freyburg (Universität St. Gallen) für die wissenschaftliche Leitung des Chancenbarometers 2020 bis 2023 einschliesslich der Fragebogenentwicklung sowie für die Bereitstellung der Datensätze für die Längsschnittstudien.

Weitere Daten und Kontakt

chancenbarometer.ch